

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfg., die Reklame-Zeile oder deren Raum 35 Pfg.

Volkstrend für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Brombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage für's Heim monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Nr. 45.

Sonnabend den 13. April 1907.

35. Jahrgang.

Erstes Blatt.

Reichstag.

In der fortgesetzten Beratung des Etats des Reichsamts des Innern nebst den dazu gestellten Resolutionen führt am Donnerstag

Abg. Raab (Wirtsch. Vgg.)

aus, seine Partei sehe die Zusammenlegung der drei großen Arbeiterversicherungszweige als das bedeutendste Werk der Zukunft an. Sollte dem Grafen Posadowsky dieses Werk gelingen, so könnte man ihn gern den Bismarck der Sozialreform nennen. Notwendig sei vor allem ein einheitliches Vereins- und Versammlungsrecht. Seine Partei trete auch für ein Reichsarbeitssamt ein und wünsche den Achtuhrladenschluß. Die Privatbeamten bedürften einer umfangreichen Fürsorge. Das Ausverkaufswesen, die Abzahlungsgeschäfte und das Submissionswesen müßten bekämpft werden. Redner wünscht ferner schleunigste Schaffung von Arbeitskammern, Beschränkung der Arbeitszeit besonders in Fabriken und für Frauen, Durchführung der Sonntagsruhe, Sicherung der Privatbeamten, und allgemeine Einführung des Achtuhr- = Zehnstunden-schlusses. Redner bittet das Haus, der Resolution betr. Verbesserung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe sowie der Resolution zur Förderung der Bestrebungen zur Vereinheitlichung der deutschen Kurzschrift zuzustimmen. Weiter lenkte Abg. Raab die Aufmerksamkeit des Reichstags auf die in der Binnenschifffahrt tätigen Personen und die Aussperrung der Arbeiter im Hamburger Hafen. Weiter verlangt Redner für die Konsumvereine, daß die Bedürfnisfrage für ihre Gründung geprüft werde und ferner die Unterdrückung ihrer politischen Tendenzen.

Abg. Dr. Mugdan (Frs. Vp.)

wünscht auch ein schnelleres Tempo in der Sozialreform. Das Koalitionsrecht sei anerkanntermaßen reformbedürftig. An Stelle des Streikts sei heutzutage die Aussperrung getreten, deren Wirkung ungemein unangenehm sei in wirtschaftlicher Beziehung als die des Streiks. Das einzige Mittel, hier Frieden zu schaffen, sei die Verallgemeinerung der Tarifverträge; dieselben seien nur möglich bei einem freien Koalitions- und Versammlungsrecht. Der Liberalismus kämpfe schon seit vierzig Jahren für ein freies Koalitionsrecht. Er hoffe, daß man mit diesem neuen Reichstag damit weiter komme, als im alten. Die Stöckung in der Sozialreform sei eingetreten, in der Zeit, wo das Zentrum die Führung im Reichstage hatte. Der Liberalismus werde dem Vertrauen der Bevölkerung gerecht werden und den berechtigten Wünschen der Arbeiter und des Mittelstandes Geltung schaffen.

Abg. D. Paumann (Frs. Vgg.)

führt aus, die unharmonische Art und Weise, wie hier die sozialpolitischen Anträge und Wünsche an den Reichstag gebracht werden, führe zu einem unfruchtbaren Wettkampf der Parteien. Wäre eine Einigkeit hierin und würden unwichtige Differenzen beseitigt, so würde für die Sozialpolitik und für die patriotischen und nationalen Fragen stets eine Mehrheit vorhanden sein. (Lebhafter Bravo!) Tatsache sei, daß nicht der Reichstag schuld daran sei, daß die soziale Reform so wenig Fortschritte gemacht habe, sondern der Bundesrat. (Sehr gut!) Eine lange Vorarbeit sei z. B. für das Reichsvereinsgesetz nicht mehr nötig, da möge uns einfach das württembergische Vereinsgesetz vorgelegt werden. (Sehr gut! Weiterkeit.) Das Koalitionsrecht liege fast fertig vor. Die Seefahrer könnten leicht in die Versicherungsgeesegebung einbezogen werden. Die Kinderarbeit könnte leicht gestrichelt werden. Eine große Vorarbeit sei nirgends nötig. Wenn der Bundesrat nur wolle, werde der neue Reichstag schon positiv arbeiten, wie es auch der alte getan hätte, wenn ihm Gelegenheit dazu gegeben wäre. Die Regelung der Arbeitsverfassung in der zentralisierten Großindustrie sei bei der Sozialreform liegen geblieben. Das Handwerk habe sich längst daran gewöhnt, mit den organisierten Arbeitern zu verhandeln und es gehe. Man habe gehört, wie den Seelenten, Offizieren und Kapitänen das Menschenrecht versagt werde, das sei bei den Reedereien so, bei den Bergwerken, dem Stahlwerksverband und manchen anderen Betrieben. In dem Koalitionsrecht müsse die Strafandrohung für diejenigen enthalten sein, die jemand daran hindern, sich mit anderen zu koalieren; sonst sei das ganze Gesetz hinfällig. Der Kollektivvertrag sei die einzig mögliche positive wirtschaftliche Hoffnung, die man habe. In der Industrie sollen jetzt endlich auch aus „Unterleuten“, „Bürger“ gemacht werden; er erinnere daran, daß „Luer“ in den 90er Jahren auf die Regelung der Produktion von einer Stelle im Lande hingewiesen habe. Da sei dies als Marxismus, Mission oder brutaler Angriff auf die Gesellschaft hingestellt worden. Und jetzt lese man die Ansicht in den Deutschschriften der Regierungen und in den Berichten der Produzenten. Die Sache sei nur die, daß die Hände, die jetzt die Sache angefaßt hätten, feiner sind, als die, die damals glaubten, sie übernehmen zu können. (Lebhafter Beifall links und im Zentrum.)

Staatssekretär Graf Posadowsky

erklärt, die gewiß interessanten Ausführungen des Vorredners seien ein philosophisches Bild gewesen; in der Praxis des Lebens seien die Dinge doch wesentlich nüchternere aus. Wenn ein Ausländer die Rede des Vorredners gehört hätte, würde er schließen müssen, daß Deutschland gegenüber anderen Staaten zurückstehe. Demgegenüber führt Redner einige Beispiele an. In Frankreich bemühe man sich seit Jahrzehnten, die Einkommensteuer einzuführen, bei diesem Versuch seien schon viele Ministerien gestürzt in Deutschland sei die Einkommensteuer eine selbstverständliche Sache. In England befürchte man von der Einführung der Versicherungsgeesegebuna eine Revolution und um-

kurz. Wie solle denn Sozialpolitik getrieben werden? Davon habe man vom Vorredner nichts gehört. (Sehr richtig! rechts.) Das Tempo in der Sozialpolitik werde gehemmt, wenn die Forderungen zu frühzeitig und zu umfangreich vorgebracht würden; dann könnten sie nicht realisiert werden. Man könne nur Schritt für Schritt vorwärts gehen. (Sehr richtig!) Das sozialpolitische Werk der nächsten Jahre werde sich befassen mit der Maß- und Gewichtsordnung, mit dem Unterstufungswohnungs-Gesetz, mit den Hilfskassen, dem Gesetz für Verfestigung von Zigarren in der Hausarbeit, dem kleinen Befähigungs-nachweis, mit dem Gesetz zur Abwehr und Unterdrückung der Vieh-seuchen und dem Vereins- und Versammlungsrecht. Wäre die Reichs-tagsausschuss nicht notwendig gewesen, so wäre die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine bereits Gesetz geworden. Das Vereins- und Versammlungsrecht müsse auf moderner Grundlage aufgebaut werden. Das württembergische Gesetz passe nicht für das ganze Reich. Das Gesetz könne nur aufgebaut werden auf Bestimmungen, die die bürgerliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit aufrechterhalten. (Lärm bei den Sozialdemokraten.) Redner wendet sich zu den Sozialdemokraten und sagt, er verstehe sie nicht, sie wollten doch alle Ziele auf friedlichem Wege erreichen; dann könne sie diese Bestimmung doch nicht stören. (Sehr gut! rechts.) Und dann sollen die Vereine unterjagt werden, in denen verbotliche Handlungen vorbereitet werden. (Sehr richtig!) Nun sei von der Zusammenlegung der drei Versicherungsarten gesprochen worden; da müsse man den veränderten Bedürfnissen Rechnung tragen und nicht schematisch vorgehen; es müsse ein breiterer Unterbau geschaffen werden. Beginnen müsse man mit dem Krankenversicherungs-gesetz; hier müsse man die Heimarbeiter, die landwirtschaftlichen Arbeiter und die Diensthöten mit einbeziehen. Ferner beständen sich in Vorbereitung folgende Gesetze: Hausarbeitsgesetz, Versicherung der im öffentlichen Dienst Beschäftigten (Feuerwehr), Revision der Sonntagsruhe, Apothekergesetz und Revision betr. den unlauteren Wettbewerbs. Wenn der Reichstag diese ungeheure Masse von Gesetzesvorlagen beachte, so werde man die Fülle der Arbeit erkennen, die sein Amt überflute. Er würde sich sehr freuen, wenn es gelänge, zum Besten der arbeitenden Klassen des Volkes überhaupt diese Geesegebungen zu erlebigen. Zu diesem Zwecke wäre es nützlich, wenn die Initiativanträge auf ein möglichst geringes Maß zurückgeführt würden und man wenigstens so lange warte, bis diese notwendigen Ge-sehe erledigt seien. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Koch (Soz.)

führt aus, das Vereins- und Versammlungsrecht, wie es angekündigt sei, werde nicht viel nützen. Wenn der Staatssekretär für einen freierlichen Zug sei, so möge er zunächst die Verwaltungsbehörden etwas freierlicher gestalten. (Sehr richtig!) Jetzt mache man Sozial-politik, angeblich um die Arbeiter zu schützen, zugleich wolle man aber die Interessen der Unternehmer wahren, das seien doch diametrale Gegen-sätze. Darauf empfielt Redner einige von seiner Partei eingebrachte Resolutionen, wie Festsetzung der Arbeitszeit in bestimmten Betrieben, Einschränkung der Überstunden, sanitäre Einrichtungen in den Arbeitsräumen etc. Redner führt weiter aus, nicht die Sozial-demokratie sei es, die die Arbeiter in den Klassenkampf treibe, sondern die bürgerliche Gesellschaft. Die Versprechungen des neuen Reichstages bezüglich der sozialen Geesegebung würden nicht eingelöst werden können, weil ihnen die Interessen des Kapitals gegenüberstünden. — Staatssekretär Graf Posadowsky befreit gegenüber dem Vorredner, daß die Rentenentziehung allgemein erfolge, es komme aber häufig vor, daß Renten erschlichen würden; dem müsse vorgebeugt und eine Untersuchung müsse genau vorgenommen werden, sonst ent-würde sich aus der Unfallversicherung geradezu eine Volkskrankheit. Darauf wird die Weiterberatung vertagt.

Das Abgeordnetenhaus

erledigte am Donnerstag den Rest des Kapitels Universitäten nach unerheblicher Debatte. Lebhafter gestalteten sich die Verhandlungen dann bei der Beratung des Kapitels „Höhere Lehranstalten“. Hier kam zunächst ein Antrag des Abg. Frisch (nl.) zur Verhandlung, in dem die Regierung ersucht wird, den Bestrebungen zur Vereinheitlichung der deutschen Stenographie tünliche Förderung beziehungsweise Mitwirkung zuteil werden zu lassen. Der Antrag wurde vom Abg. Frisch mit warmen Worten begründet. Ihm schlossen sich die Abgg. Borster (fl.), Marx (Str.) und Fischbeck (Frs. Vpt.) an. Abg. Fischbeck schloß aus der Nichtbeteiligung der Regierung an der Debatte, daß sie nicht gewillt sei, das Kulturbedürfnis zu befriedigen. Nunmehr nahm Geh. Rat Matthies das Wort, um darzulegen, daß die Entwicklung der Orthographie gezeigt habe, daß nichts verkehrter sei, als ein zu frühes Eingreifen der Staats-gewalt in Fragen der Wissenschaft und Kunst. Diese Ausführungen befreiten natürlich niemand. Schließlich ließ sich der Kultus-minister zu der Erklärung herbei, daß er sich der Stenographen-frage mit Wohlwollen und Nachdruck annehmen werde, und nun wurde der Antrag einstimmig angenommen. Sodann kam der Antrag der Abgg. Ernst (Frs. Vgg.), Cassel (Frs. Vpt.) und Kopsch (Frs. Vp.) auf Angliederung der Lehrpläne der Volksschule an die der höheren Lehranstalten und Beseitigung der Vorarbeiten zur Beratung. Abg. Ernst begründete den Antrag. Von der Regierung wurde der Antrag als undurchführbar bezeichnet. Von der Beseitigung der Vorarbeiten würden nur die Privatschulen Vorteil haben. Abg. Cassel (Frs. Vpt.) trat dieser Auffassung entgegen und wies darauf hin, daß durch die Einführung des achtklassigen Schulsystems in Berlin der Übergang von der Volksschule zur höheren Lehranstalt oder zur Realschule erheblich erschwert sei, da die Vorbereitung für die Sexta in der Volksschule jetzt 4 bis 4 1/2 Jahre dauere, während sie früher nur 3 bis 3 1/2 Jahre in Anspruch nahm. Es müsse sich ein Weg finden lassen, der den früheren Zustand wieder herstelle. Von national-liberaler Seite wurde der Antrag vom Abg. Berndt warm unterstützt. Sonst fand er im Hause keine Gegenliebe. Er wurde schließlich an die Unterrichtscommission verwiesen. Am Freitag fällt

die Sitzung aus. Am Sonnabend wird die Beratung des Kultus-etats fortgesetzt. Vorher stehen die Pensionsvorlagen und das Richtigkeitsgesetz zur ersten Beratung.

Deutschland.

— (Der Militäretat in der Budgetkommission.) Vor Beginn der Plenarsitzung nahm die Budgetkommission ihre Verhandlungen nach den Ferien wieder auf. Zur Beratung steht das Kapitel „Geldverpflegung der Truppen“ aus dem Militäretat. Die Erörterung betraf zunächst die Befolgung der Oberstleutnants. Es wurden Wünsche nach einer Erhöhung ihrer Bezüge aus-gesprochen. Die Regelung wurde schließlich auf Vor-schlag des Unterstaatssekretärs im Reichsschatzamt Zwele auf den nächsten Etat vertagt. Graf Driola (Nat.) brachte die ungenügende Zahnpflege zur Sprache und Lieber-mann v. Sonnenberg (Wirtsch. Vgg.) verwies darauf, daß England im Burenkriege mehr Verluste durch Krank-heiten der Zähne als durch andere Krankheiten gehabt habe. Er will darüber im Plenum noch weitere Aus-führungen machen. Der Kriegsminister teilte mit, daß zurzeit Verhandlungen über die Einstellung von Zahn-ärzten in den Militäretat schweben. Bei den Militär-ärzten sind zahlreiche Fehlstellen vorhanden. — Auf eine Anfrage Erzbergers bestätigte der Staatssekretär, daß sich die allgemeine Erhöhung der Beamtengehälter auch auf das Reichsheer erstrecken wird. Ob auch die verheirateten Unteroffiziere einbezogen werden sollen, ist unter den Regierungen noch nicht erörtert worden; gewichtige Billigkeitsgründe sprechen dafür, aber es kommt doch auch die Kostenfrage in Betracht.

Bei der Weiterberatung des Militäretats wird eine Reihe von Petitionen der Kaserneninspek-toren, Garnisonverwaltungsbeamten u. a. als Material überwiefen. Das Kapitel der militär-technischen Akademie gibt Anlaß zu eingehenden Mitteilungen des General Sigt von Arnim, die die Unentbehrlichkeit dieses Instituts zur Ausführung aller Waffengattungen dartun. Sped. (Zentr.) bringt das Monopol der Hof-buchhandlung Mittler u. Sohn bei der Lieferung von Militärdruckachen zur Sprache. Es wird Konkurrenz zugesagt. Die unliebsame Angelegenheit der Spandauer Waffendiebstähle veranlaßt eine kurze Erörterung. Nach den Erklärungen der Militärverwaltung hat die Aufsicht infolge Überlastung versagt. Die einmaligen Ausgaben des Militäretats enthalten eine dritte Katen-förderung für Beschaffung von Schreibmaschinen für höhere Kommando-behörden. Im ganzen sind hierfür 94 000 Mark ausgeworfen. Es werden Maschinen deut-schen Fabrikats geliefert. Für die Schaffung einer Re-serve an Feldartilleriematerial sind seit 1897 einschließ-lich der diesmaligen Forderung von 21 1/2 Millionen im ganzen 150 Millionen Mark angefordert worden. Auf eine Anfrage über die Beteiligung der Privatindustrie gibt General v. Arnim die Auskunft: Die Privatindu-strie stellt die einzelnen Teile her, die dann durch die technischen Institute der Heeresverwaltung zusammenge-arbeitet werden. Die Beteiligung der Firma Scherhardt ist größer als die von Krupp. Die Gemeindesteuern-freiheit der Reichsbetriebe ist, obgleich im Reichs-tage seit einer Reihe von Jahren die übereinstimmende Forderung von allen Parteien erhoben wird, immer noch nicht beseitigt. Der Schatzsekretär gibt dieselbe Erklärung ab wie im vorigen Jahr, daß die Verhandlungen mit den anderen beteiligten Ressorts hierüber noch nicht er-ledigt seien. Die Budgetkommission beschließt einstim-mig eine Resolution, die die gesetzliche Regelung der Steuerpflicht verlangt. Die Entwurfsrate zur Ein-richtung von Übungsplätzen in Mainz für das 1909 neu zu errichtende Pionierbataillon wird von 75 000 auf 94 000 Mark erhöht. Das Ordinarium wird erledigt. Beim Extraordinarium macht der General v. Arnim vertrauliche Mitteilungen.

— Die Wahlprüfungscommission des Reichstags be-schloß mit 7 gegen 6 Stimmen die Wahl des Abgeord-neten für den Wahlkreis Schweidnitz-Striegau (9. Bres-lau) Frhr. v. Richtigshofen-Damsdorf (kons.) für ungültig zu erklären. Auschlaggebend war ein Telegramm des Reichskanzlers, das sich gegen die Sozialdemokra-tie richtete. Frhr. v. Richtigshofen erhielt im ersten Wahl-gange 10 042, ein Sozialdemokrat 8341, ein Freisinniger 4127, ein Kandidat der Mittelstandsvereingung 3043 in der Stichwahl erhielt der Sozialdemokrat 8365, Frhr. v. Richtigshofen 15 606 Stimmen. Ein anderes Resultat ist nach diesen Zahlen auch für die Nachwahl nicht zu er-warten. — Die Wahl des Abg. Dr. Stengel (freis. Vp., XX 1 Straßburg) wurde für gültig erklärt.

— (Dr. Widies.) Der Besuch des Oberbürgermeis-ters Dr. Widies-Frankfurt a. M. in Berlin hat, wie die „Post“ erfährt, tatsächl. Verhandlungen wegen Uebernahme eines Ministerpostens gegolten. Es handelte sich darum, festzustellen, ob und unter welchen Bedin-gungen Herr Widies geneigt wäre, das Portefeuille des Kultusministeriums zu übernehmen. Die Ver-handlungen führten jedoch zu keinem Ergebnis, und Oberbürgermeister Widies verzichtete endgültig auf die Uebernahme des Portefeuilles.

— (Ueber vier Milliarden Reichsschulden.) Die Reichsschuld hatte, wenn man zu der verzinlichen auch die unverzinliche Schuld hinzugerechnet, bei dem letzten vorliegenden, von der Reichsschuldenkommission geprüften Abschluß die Summe von vier Milliarden Mark bereits überschritten. Die verzinliche Schuld belief sich auf 3543,5 Millionen, wovon 450 Millionen 3 1/2 Proz., früher 4 Proz., Anleihe, 1150 Millionen 3 1/2 Proz., 1783,5 Millionen 3 Prozentige Anleihe und 160 Millionen 3 1/2 Proz. verzinliche Schatzanweisungen waren. Zur unverzinlichen Schuld gehörten für 350 Millionen Mark unverzinliche Schatzanweisungen und für 120 Millionen Mark Reichsschatzscheine.

— (Entwurf eines Richterbesoldungsgesetzes.) Dem Abgeordnetenhaus ist der Entwurf eines Richterbesoldungsgesetzes zugegangen, das die Gehälter nach Dienstaltersstufen regelt. Von den grundlegenden Bestimmungen seien die folgenden hervorgehoben: Die Gehälter des Richters werden, soweit sie nicht Einzelgehälter sind, nach Dienstaltersstufen geregelt. Das für die Bemessung des Gehältes maßgebende Dienstalter beginnt in jeder Gehaltsklasse mit dem Tage der ersten etatsmäßigen Anstellung in einem zu dieser Gehaltsklasse gehörenden Richteramt. Als Tag der Anstellung gilt der Tag von dem ab der Angestellte das Dienstverhältnis der Stelle zu beziehen hat. Die Verleihung der Zulagen erfolgt von dem ersten Tage eines jeden Kalenderjahres ab an diejenigen Beamten, welche an diesem Tag das maßgebende Besoldungsdienstalter erreicht haben oder im vorhergehenden Kalenderjahr erreicht haben. Das Besoldungsdienstalter hat auf die Bestimmung des in anderen Beziehungen maßgebenden Dienstalters keinen Einfluß. Der Entwurf befaßt sich dann noch mit einer Reihe von Einzelbestimmungen in Bezug auf die Festsetzung des Dienstalters und der damit in Verbindung stehenden Gehaltsstufe.

— (Der Konflikt besteht weiter.) In einer sehr stark besuchten Versammlung der ausgesperrten Schauerleute gelangte, wie aus Hamburg berichtet wird, nach langer Diskussion eine Resolution zur Annahme, in welcher erklärt wird, daß die Versammelten bedauern, den Vorschlägen des Hafenbetriebsvereins nicht rückhaltlos zustimmen zu können und daher folgende Gegenanträge machen: Die deutschen Arbeiter werden, soweit sie zur Ausführung von Arbeiten notwendig sind, hienachhalten, die fremden (ausländischen) Arbeiter möglichst schnell, spätestens aber 14 Tage nach der Aufhebung der Aussperrung, abgeschrieben; dagegen übernehmen die hiesigen Arbeiter durch ihre Organisationen folgende Verpflichtungen: Zusammenarbeiten mit Nichtangehörigen ihrer Organisation; in Zeiten friedlicher Verhältnisse im Hamburger Hafen ist jede Warnung vor Bezug und die Befestigung Zuziehender zu unterlassen. Die Schauerleute stimmen der Einführung des Schichtwechsels zu, falls solche nach Rücksprache mit den übrigen Zuzuziehenden zur Einführung kommen soll. Solange der Schichtwechsel nicht eingeführt ist, wird für Nachtarbeit der Lohnsatz gezahlt, der nach Einführung desselben vorgesehen ist, d. h. pro Stunde 1 Mark, und zwar an alle Schauerleute, die zur Nachtarbeit hinzugezogen werden, gleichviel, welche Arbeit sie verrichten. Die Vorschläge sind vom Hafenbetriebsverein strikte abgelehnt. Der Konflikt dauert also weiter.

— (Spionageprozeß vor dem Reichsgericht.) Vor dem Vereinigten zweiten und dritten Strafsenat des Reichsgerichts begann der Prozeß gegen den bei Gelegenheit der letzten Kaisermanöver in Biegung wegen Spionage verhafteten ehemaligen österreichischen Oberleutnant Paul Barthmann aus Rudolfsbrunn in Galizien. Der Eröffnungsbeschuß legt dem wegen Spionage und Erpressung in Oesterreich mit fünf bzw. dreieinhalb Jahren Kerker vorbestraften Angeklagten zur Last, er habe es unternommen, der französischen Regierung eine Reihe von Nachrichten, insbesondere über Geschütze, Munitionswagen, Zündmaschinen usw. zu liefern, die im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten sind. Der Angeklagte bestreitet jede Schuld und behauptet, auf die Vorschläge des französischen Unterhändlers Hoffmann nur eingegangen zu sein, um mit Hilfe des deutschen Generalstabes das französische Nachrichtenbureau zu täuschen, wobei er allerdings habe Geld verdienen wollen. Bei der Beweisaufnahme erklärte Major Brose vom Generalstab, er habe das Angebot des Angeklagten, mit Hilfe des Generalstabes die französische Spionage zu durchkreuzen, unberücksichtigt gelassen, weil ihm dessen Vorleben — seine Verurteilung in Wien usw. — bekannt gewesen sei und er deshalb Mißtrauen gegen ihn gehegt habe. Redakteur Dr. Wagner von der „Schlesischen Zeitung“ in Breslau behauptet, daß der Angeklagte ihn vor Beginn der Manöver in Schlesien nach militärischen Dingen auszufragen versucht habe. Die weitere Zeugenvernehmung und die Vernehmung der Sachverständigen erfolgt unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit plädiert der Staatsanwalt, der erkläre, der Angeklagte habe sich des Versuches eines Verbrechens gegen § 3 des Spionagegesetzes und bezüglich eines Punktes des vollendeten Verbrechens schuldig gemacht. Der Verteidiger bestritt dies und plädierte auf Freisprechung. Der Angeklagte stellte in einem Schlussworte jegliche Schuld in Abrede. Das Reichsgericht sprach den Angeklagten frei mit der Begründung, daß die Absicht des Angeklagten, militärische Geheimnisse zu verraten, nicht nachgewiesen sei.

Ausland.

Frankreich.

— Der Streit in der Nahrungsmittelbranche hat begonnen. Ungefähr 2000 Bäcker, unter denen sich zahlreiche Ausländer befanden, haben sich Donnerstag in der Arbeitsstätte versammelt, die von einem großen Aufgebot an Polizei und Truppen umgeben war, und mit allen gegen eine Stimme den Generalstreik beschlossen.

Russland.

— (Anschlag auf den russischen Hofzug.) Der Terror entfaltet in Rußland seit jüngster Zeit wieder mit unheimlicher Lebhaftigkeit seine unheilvolle Tätigkeit. Jetzt

umflehrt er bereits die Residenz des Zaren und trotz der umfangreichen Sicherheitsmaßregeln haben sich Terroristen wieder in die bedenklichste Nähe der Bahnverbinding gewagt, auf der die kaiserlichen Hofzüge von Zarstoke Selo verkehren. Ein Drahtbericht aus Petersburg meldet: Auf den kaiserlichen Hofzug, worin die Großfürsten Nikolai und Peter von Petersburg nach Zarstoke Selo fuhren, wurde gestern Abend ein Attentat versucht, das durch die Wachsamkeit der längs des Gleises aufgestellten Wachen vereitelt wurde. Die Posten bemerkten mehrere Gestalten, die in der Dunkelheit auf den Schienen eine verdächtige Geschäftigkeit entwickelten. Die Schildwachen eilten herbei, worauf die Verdächtigen die Flucht ergriffen. Ein Posten gab Feuer und verwundete, wie die Blutspuren erwiesen, einen der Attentäter; doch konnten sämtliche Attentäter den schützenden Wald erreichen. Auf den Schienen wurden kurz vor Ankunft des Zuges Dynamitpatronen gefunden, die geeignet gewesen wären, den Zug in die Luft zu sprengen. In Zarstoke Selo und Petersburg wurden sofort umfassende Razzias vorgenommen und zahlreiche Personen verhaftet. Man glaubt, einer großen Verschwörung auf die Spur gekommen zu sein, die während der demnächst stattfindenden Kaisermanöver ihren Hauptschlag beabsichtigte.

— (Regierung und Duma.) Der Präsident der Reichsduma, Solowin, hat eine Mitteilung des Ministerpräsidenten Stolypin betreffend die Beziehungen der Ausschüsse der Duma zu den lokalen Selbstverwaltungsorganen mit einem Schreiben beantwortet, in dem er ihn um Mitteilung ersucht, auf Grund welcher Gesetze der Ministerpräsident solche Anfragen an den Präsidenten der Duma richten könne. Das Gesetz über die Reichsduma enthalte einen Artikel 33, der der Duma das Recht gebe, die Minister wegen ungezügelter Handlungen zu interpellieren. Es bestünde aber kein Artikel, der den Ministern das Recht gebe, Interpellationen an die Duma oder deren Präsidenten zu richten.

— (Regierung und Duma.) Der Präsident der Duma Solowin richtete an Stolypin ein neues Schreiben, in dem er darum ersucht, seine Rechte als Präsident der Duma zu wahren und die Duma polizei nur mit der Genehmigung des Präsidenten in die Räume der Duma zuzulassen. Der Konflikt zwischen dem Präsidenten der Duma und Stolypin verschärft sich. Auch die sehr gemäßigte Zeitung „Sowos“ bestreitet dem Ministerpräsidenten das Recht, die Zuziehung von Experten zu den Kommissionsitzungen der Duma zu verbieten.

Betreffend die Erteilung von Einlaßkarten, die ihre Inhaber berechtigen, als eingeladene Experten den Kommissionsitzungen der Duma beizuwohnen, hat Stolypin dem Dumapräsidenten mitgeteilt, daß diese Einlaßkarten kraft den vom Kaiser sanktionierten Bestimmungen nur auf Grund eines Uebereinkommens zwischen dem Ministerpräsidenten und dem Dumapräsidenten erteilt werden können.

Spanien.

— (Nachklänge von Cartagena.) Während die guten Leute von Cartagena, noch erfüllt vom Jubelrausch, den die Monarchenbegegnung ihrer Stadt gebracht hat, kaum angefangen haben, die festlichen Girlanden und die flackernden Wimpel herabzuholen, beginnt die spanische Regierung bereits unter den Kombinationen aufzuräumen, die sich an die Unterredungen zwischen König Eduard und König Alfons geknüpft haben. Diese Unterredungen waren nicht zuletzt infolge der Heimlichtuerei, die man in Cartagena übte, zu ganz beträchtlichen Dimensionen angewachsen. Ein halbamtliches Dementi, das offenbar von der spanischen Regierung ausgeht, versucht jetzt, den allzu kühnen Vermutungen die Spitze abzubrechen. Von gut unterrichteter Seite, so lautet ein Telegramm aus Cartagena, wird mitgeteilt, daß der Gebantenaustrausch, den die spanischen Minister sowie die Botschafter de Bunsen und Billa de Urrutia während der hiesigen Festlichkeiten miteinander gehabt haben, lediglich die vollkommenste Freundschaft und Zueigung zeigt, die zwischen Spanien und England obwaltet, besonders in den Angelegenheiten, wo die beiden Länder gemeinsame Interessen oder Bestrebungen haben. Wenn indessen auch die Harmonie der Ansichten zwischen den beiden Herrschern und Nationen festgestellt sei, so könne man doch erklären, daß kein Vertrag, keine Konvention zwischen den beiden Ländern über irgendwelche Fragen abgeschlossen worden ist, und daß die gegenseitigen Behauptungen somit erfunden sind.

Im Gegensatz zu dem halbamtlichen und auch wohl nur halbrichtigen Dementi aus Cartagena wird nach einem Telegramm aus Paris dem Clair aus Madrid berichtet: Einer der wichtigsten Punkte des in Cartagena erörterten englisch-spanischen Einverständnisses sei der, daß sich England verpflichte, Spanien seinen Beistand zur Wiederherstellung seiner Flotte und zur Vervollständigung seiner Küstenverteidigung zu leisten. England würde sich auf diese Weise die Sicherheit verschaffen, daß wichtige maritime Stellen nicht in die Hände anderer Mächte fallen und dabei doch die Empfindlichkeit der Spanier schonen, welche sonst durch den Anschein eines englischen Schutzes wachgerufen werden könnte.

Afrika.

— (Fremdenfeindliche Kundgebungen in Ägypten.) Der Standard meldet unterm 10. d. Mts. aus Kairo: Infolge des Anwachsens der nationalistischen Bewegung nehmen die fremdenfeindlichen Kundgebungen zu. In den Eingeborenen-Vierteln werden Europäer oft angegriffen. Bei einem Streit, der vor einigen Tagen zwischen einem Italiener und einem Eingeborenen entstand, mißhandelte eine Anzahl Eingeborener, die sich einmischten, den Italiener und seinen Begleiter. Der Italiener wurde tödlich verwundet, sein Begleiter zog, um sein Leben zu retten, ein Messer und stach einen der Angreifer nieder.

— (Kamen, 13. April. (Verschiedenes.) Der Bericht über die im Regierungsbezirk Arnsberg in der verfloßenen Woche zur Anmeldung gelangten **Krankheits- und Todesfälle** zeigt im allgemeinen eine wenn auch nur geringe Zunahme der Erkrankungs- ziffern. Am beträchtlichsten ist die Zunahme der Erkrankungen an Genickstarre mit 20 Fällen. Die Gesamtzahl der Genickstarre- erkrankungen stellt sich danach auf 34, davon entfielen allein 11 Fälle auf den Landkreis Bochum. Sehr hoch ist mit 83 (82) die Zahl der Diphtheriefälle. Auf den Landkreis Dortmund kommen 16 Erkrankungen. Im übrigen wurden festgestellt an Erkrankung an Unterleibsruhr 19 (13), an Ruhr 2 (2), an Wurmkrankheit 0 (4), an Kindbettfieber 13 (1), an Scharlach 69 (85), davon entfielen auf Dortmund-Stadt 19, an Granulose 49 (33), sowie an Todesfällen durch Krämpfe 22 (38), durch Magen- und Darmentzündung 24 (15), durch Krebs 10 (7), durch Gehirnleiden 0 (1), durch Lungenerkrankung 50 (34), durch Tuberkulose 49 (33), davon kommen auf Dortmund-Stadt 9 Fälle.

Ein **ausfallender Wetterumschlag** ist eingetreten. In Westfalen und im Ruhrgebiet ging Mittwoch Abend ein starker Gewitter mit Hagelsturm nieder. Im Fulda-tal waren nachts 3 Grad Kälte, und tagsüber herrschte anhaltendes Schneegestöber.

Der **Kampf im Schneidergewerbe** ist beendet. Mit dem gestrigen Tage wurde die über ganz Deutschland verhängte Sperre aufgehoben. Es ist auf Grund der von den Arbeitgeber vorgelegten Tarife eine Einigung zustande gekommen und die Forderungen der Arbeiter sind fallen gelassen worden. Wo noch irgend welche Zwistigkeiten bestehen, sollen sie durch die örtlichen Verbände beigelegt werden.

Gestern wurden auf der Westen-Chaussee von einem Automobil zwei **Bikurjesel überfahren**, wovon einer auf der Stelle tot blieb, der andere ist schwer verletzt.

2 furchtbare Familientragödien.

5 facher Kindermord und Elternselbstmord in Eving. — 3 facher Kindermord und Vaterselbstmord bei Münster.

Dortmund, 13. April. Die seit Montag nicht mehr gesehene Bergmannsfamilie Gläser in Eving bei Dortmund wurde gestern von der Polizei, die die Wohnung der Familie gewaltsam öffnete, in grauenhaftem Zustande tot aufgefunden. Mann, Frau und fünf Kinder sind tot. Die Kinder weisen Ertragsmerkmale auf, ein Kind trug eine Schnur am Hals. Alle Leichen sind stark verwest und lagen in großen Blutlachen. Der Staatsanwalt ordnete die sofortige Beisetzung an.

Ueber den Leichensind in Eving teilt die Polizei mit: Die Tat ist allem Anschein nach in der Nacht von Montag auf Dienstag verübt worden. Man nimmt an, daß der Herrmann Gläser die Tat vollbracht und erst die Kinder und die Frau, dann sich selbst mit einer Schnur erdrosselt. Man fand die Leichen im Bett, der Vater selbst trug eine Gardinenschnur am Hals, mit der er sich, im Bett liegend, erdrosselt hat. Der Mann war 30 Jahre, die Frau 27 Jahre alt. Die 5 Kinder standen im Alter von 9 Jahren bis 10 Monaten. Sonstige Verletzungen wiesen die Leichen nicht auf, wie auch keine Blutspuren vorhanden waren.

Münster, 13. April. Eine schauerliche Tragödie hat sich bei dem Bahnhofe Westerkotten abgepielt. Der in Münster wohnhafte Kaufmann Gerden, der als Reisender bei der Firma Beckmann in Bocholt beschäftigt ist, erschoss im Walde seine drei Kinder, einen Sohn von 11 und zwei Töchter von 16 und 14 Jahren und dann sich selbst. Ueber die Motive zu der schrecklichen Tat ist noch nichts näheres bekannt. Gerden lebte in zweiter Ehe.

Westerkotten, 13. April. Eine unheimliche Mordtat erfüllt die Bewohner von Westerkotten und Umgegend mit Abscheu und Entsetzen. In der Nacht von Donnerstag auf Freitag gegen ein Uhr hörte der Arbeiter Timmermann im Garten eines Hauses, in dem die älteste leibende Tochter des Tagelöhners Anna Kleine wohnte, das jämmerliche Geschrei eines Säuglings. Als A. hinzutrat, wurde ihm der Eintritt in den Garten von der A. verboten. Timmermann benachrichtigte nun, nichts Gutes ahnend, den Polizeibeamten Hilgers, der schon bald darauf gegen 1 1/2 Uhr morgens die Kleine unter dem Verdacht des Kindesmordes in ihrer Wohnung verhaftete und nach Ermittlung transportierte, wo sie ein umfassendes Geständnis ablegte, ihr ungeborenes Kind sofort erwürgt zu haben. Die Leiche sei im Garten verscharrt. Sie habe die Tat mit aller Ueberlegung ausgeführt. Hilgers fand beim grauen Morgen denn auch im Garten der A. eine frisch verscharrte Stelle und beim Ausgraben die Kleine Leiche. Die widerwärtige Mutter, die außerdem noch ein Kind im Alter von 2-3 Jahren hat, befindet sich im Ermittlung Krankenhaus.

Buchholz, bei Blankenstein, 12. April. (Erhängt.) Der durch den Tunt hermitergekommene 60 Jahre alte frühere Wirt Wilhelm Bod hat sich hier in einem Schweinestall erhängt. Von seiner Familie lebte er seit längerer Zeit getrennt.

Weser bei Hattingen, 12. April. Zwei Kroaten, Georg Brownal und Milet Stubobial, welche einen Geschäftsmann in Hattingen um 600 Mark betrogen hatten, wurden kurz vor ihrer Reise über den großen Teich in Bremen ergriffen und eingesperrt. Brownal tug noch 395 Mark bei sich. In einem der beiden glaubt die Polizei einen lange vergeblich gesuchten Straßenräuber und Mörder ergriffen zu haben.

Kalver, 12. April. (Gewitter.) Ueber unsere Gegend ging Dienstag ein Gewitter nieder. Der Blitz schlug in das Schulhaus zu Buchhausen, das eingestürzt wurde.

Hagen, 12. April. Unser Bahnhofsbeamter bricht einen täglich sich mehrenden Zug aus ausländischer Arbeiter mit sich. In den letzten Monaten sind hier 1400 Italiener und Oesterreicher zugezogen und um die Arbeiten zu beschleunigen, hat der Unternehmer weitere 2000 Ausländer angeworben, die in einzelnen Gruppen täglich hier eintreffen. Da in Privathäusern für solche Scharen von Ausländern Unterkunft nicht zu finden ist, sollen jetzt Baracken für deren Unterbringung geschaffen werden.

Hagen, 13. April. Der heilige Bureaufkratius schaffte hier Ordnung.) Bekanntlich hat der Oberpräsident der Provinz Westfalen durch Verfügung vom 23. März die Polizeiverordnung, die das Blend der Schaufenster während des Gottesdienstes vorschreibt, aufgehoben. Auf Grund der Zeitungsnotizen haben sich nun die Geschäftseigenen berechtigt geglaubt, das Blend ihrer Schaufenster während des Gottesdienstes zu unterlassen, noch ehe die neue Verfügung amtlich bekannt gegeben war. Die Polizei anderer Städte ließ das Augen- weiche Eingehen. Die hiesige Polizei dachte aber anders. Sie erließ in den Osteragen zahlreiche Strafverfügungen gegen die „leichtgläubigen Geschäftsinhaber“.

Gagen, 13. April. Von einem schweren Unglück wurde der verheiratete Fabrikarbeiter Fr. Ehr von hier auf seiner Arbeitsstelle bei der Firma J. C. Ebbing & Salsbach betroffen. Beim Staßhagen lag dem bedauernswerten Manne ein weißglühendes Stück Stahl gerade in die rechte Auge und verbrannte dasselbe so fürchterlich, daß es in der hiesigen Augenklinik, wohin D. überführt wurde, sofort entfernt werden mußte.

Sasse, 13. April. (Großfeuer.) In der Nacht gegen 1/2 3 Uhr wurde die erste Abteilung der freiwilligen Feuerwehr durch das Nebelhörn des Sasse'schen Eises- und Stahlwerkes alarmiert. Es brannte das zum Besitz des Wirtes Karl Thamer gehörige an der Karwegstraße 31 gelegene Hinterhaus, in welchem sich zwei Räume befanden, die vom Besitzer als Schlaf- und Wohnräume benutzt wurden. Die übrigen wurden als Lager für Holz benutzt. Das Feuer griff sehr rasch um sich und die Feuerwehr hatte angestrengt zu tun, um das Vorderhaus zu schützen. Durch Niederreißen der Mauern gelang dies auch. Das Hinterhaus ist aber vollkommen vernichtet worden. Der Schaden, der durch Verödigung gedeckt ist, beläuft sich auf mehrere tausend Mark. Die Entstehungsurache des Brandes ist bis jetzt unbekannt.

Wassche, 13. April. (Vom Zuge erfasst.) Auf Bahnhof Kreuzthal der Bahn Marburg-Kreuzthal wurde der 24 Jahre alte Rangierer Born vom Zuge erfasst und ihm der Kopf gatt vom Rumpfe getrennt.

Offen, 13. April. (Schwer verletzt aufgefunden.) Mitt- nachts 10 1/2 Uhr wurde auf der Rütterscheider-Straße ein unbekannter Mann schwer verletzt aufgefunden. Der hinzugekommene Arzt stellte Schädelbruch fest. Der Verletzte wurde dem katholischen Krankenhaus zugeführt. Der Verletzte gehört anscheinend dem Arbeiterstande an. Er war noch nicht vernehmungsfähig.

Mehrdt, 12. April. Eine hübsche Verdingungsliste ist von hier zu sehen. Für Kanalarbeiten eines Teiles des Rheindorfer Bades forderte bei den Ausschreibungen der Mindestfordernde, eine Firma in Kiel, 82 504,56 Mk., während eine Stettiner Firma als Höchstfordernde 207 160 Mk. in Ansatz brachte. Der Unterschied beträgt also 124 656 Mk. oder über 150 Proz. von der billigsten Forderung.

Duisburg, 13. April. Die Genickstarre fordert in Alt-Duisburg noch immer weitere Opfer. In 8 Tagen sind insgesamt 5 Erkrankungsfälle vorgekommen, von denen einer tödlich verlief.

Duisburg, 12. April. Den Tod im Rhein fand ein unbekannter in den 40er Jahren stehender Mann. Nachdem er kurze Zeit am Ufer des Rheins, in der Nähe von Haus Angerort gestanden hatte, sprang er in den Rhein und ertrank. Die Leiche des Selbstmörders ist noch nicht geborgen.

Duisburg, 13. April. Die erste Strafkammer des hiesigen Landgerichts verurteilte die beiden Brüder Diederich Hermann und Hugo Schulten aus Mülheim-Ruhr, die am 22. Februar von der neu erbauten evgl. Christuskirche in Mendorf eine große Anzahl Kupferbleche gestohlen und mit Pferd und Wagen fortgeschafft hatten, zu je 6 Monaten Gefängnis.

Wesert, 13. April. (Wechselerschwindelungen.) Hier wurden große Wechselerschwindelungen entdeckt. Der Täter, Möbelhändler Blechmann von hier, hat bereits das Weite gesucht; er ist auf der Reise nach Brasilien begriffen. Bis jetzt sind insgesamt 15 Wechsel als gefälscht festgestellt. Die erschwindelte Summe beläuft sich auf 6000 Mark. Leidtragende ist die Weserter Bank, die die Wechsel diskontiert hatte.

Wesert, 13. April. Zwei schwere Unglücksfälle an einem Tage haben sich hier ereignet. Der 20jährige Maschinenheizer Kocherscheid stürzte in der vergangenen Nacht aus dem Fenster seiner in der 2. Etage belegenen Wohnung und zog sich damit schwere Verletzungen zu, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der andere Unglücksfall, der sofort ein Opfer forderte, trug sich auf dem hiesigen Bahnhof zu. Der Bahnschaffner Gester von hier wollte nachmittags auf den Zug 2,45 Uhr, der bereits im Fahren war, springen; er rutschte vom Trittbrett ab und kam unter die Räder des Zuges, die ihn sofort töteten. Gester war erst seit kurzer Zeit verheiratet.

Meve, 12. April. (Mordgeheule verhaftet.) Der 70jährige Schwager der unlängst vom hiesigen Schwurgericht wegen Kindesmordes zum Tode verurteilten, indes zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe begnadigten Ehefrau Tillmann aus Ifum, ist in Venlo auf Veranlassung der deutschen Staatsanwaltschaft wegen Beteiligung zum Mord verhaftet worden. Er war f. St. flüchtig geworden und hatte seitdem in Holland unter falschem Namen gelebt. Die Auslieferungsverhandlungen sind im Gange.

Mörs, 12. April. Zu dem Funde der Leichen der beiden Knaben in einer Kiste schreibt die „Rhein- und Ruhr-Ztg.“, daß allem Anschein nach eher ein Unglücksfall als ein Mord vorliege. Tatsächlich ist das Verschwinden der beiden Knaben im Alter von 6 und 3 Jahren, die seit Donnerstagabend 1/2 7 Uhr vorger Woche vermißt wurden, nach erfolglosem Suchen der Mutter von dieser sofort dem Notarüberwarter gemeldet worden. Der Gemannt befand sich zu dieser Zeit auf seiner Arbeitsstelle im Bergwerk und kam erst spät abends heim. Die Frau fand am Dienstag zufällig die Leichen in einem Holzkoffer, der im Schlafzimmers steht. Wie es scheint, haben sich die beiden Knaben auf den in ihm befindlichen Kissen schlafen gelegt, haben vorher den Deckel niedergelassen und sind erstickt. Die Kiste hat übergreifende Deckelränder. Sie ist unerschütterlich und nicht sehr groß. Die Leichen lagen zusammengekauert in ihr. Die Frau gibt an, daß sie die Kinder außerhalb des Hauses gesucht habe. Infolgedessen habe sie sich um ihre häuslichen Sachen in den letzten Tagen wenig gekümmert. Die Kinder tragen keine äußeren Verletzungen.

Mörs, 12. April. Einen Selbstmordversuch machte hier eine unverheiratete, 30jährige Frau namens Katharina Brumme, die in einer Mörfser Fabrik tätig ist, indem sie sich auf der Kirchstraße vor das städtische Automobil der Strecke Mörs-Baerl warf. Dem Führer des Kraftwagens gelang es, rechtzeitig zu halten. Die Frau gab an, daß ihr die Wohnung gekündigt, sie infolgedessen obdachlos und nun lebensmüde sei. Sie wurde ins Polizeigewahrsam genommen.

Düsseldorf, 13. April. Von einem traurigen Geschehnis wurde dem „Gen.-Anz.“ zufolge ein 21jähriges Büfettfräulein aus der Neustraße betroffen. Beim Rufen von Metallgegenständen kam dem Mädchen etwas von dem benutzten Pulvermittel in eine Fingerwunde, was eine so starke Blutvergiftung verursachte, daß die Erkrankte behufs Amputation des gleichfalls angegriffenen Armes ins Krankenhaus überführt werden mußte. Der Zustand ist lebensgefährlich.

Köln, 12. April. (Defraudant verhaftet.) Der Postgehilfe Karl Krause, der dem Postamt Köln-Lindenthal dieser Tage 12 000 Mark amtliche Geber unterschlagen hat, ist festgenommen und in Untersuchungshaft abgeführt worden.

Köln, 13. April. Ueber einen neuen Trick der Varnierfänger berichtet der Stadtanzeiger: Zu einem jungen Kommiss von auswärtig gestellte sich Mittwoch nachmittags am Rhein ein Mann, der ihn um etwas Feuer bat, dann ein Gespräch anknüpfte und mit ihr den Rhein entlang ging. Plötzlich stolperte der Fingergelummene über ein Portemonnaie, das an der Erde lag. Man hob es auf und fand 8,50 Mk. und einen Wechsel darin. Der Fänger überredete den Fremden, das Geld mit ihm zu teilen und den Schein zu vernichten. Da der Fremde das nicht tat, vernichtete er selbst den

Schein. Jetzt kam ein Mann dazu, der sein Portemonnaie verlangte. Man gab es ihm; da er den angeblichen Wechsel über 100 Mark nicht vorband, drohte er mit der Polizei. Der Fänger gab infolgedessen 20 Mark und der Fremde verpflichtete sich, das Fehlen zu ersetzen, wenn man mit ihm nach seiner Heimat in der Nähe von Opladen fahre. Der Gauner fuhr mit und erhielt auch die 80 Mark. Er hatte somit seinen Zweck erreicht, denn es handelte sich um eine abgetarzte Sache. Der zerrißene Zettel war wertlos und das Portemonnaie hatte der eine abhändeln lassen.

St. Johann (Saar), 12. April. (Vom Dienste suspendiert.) Der auf dem Mathildenschatz der Grube Gerhardt mit der Revision des Förderseiles betraute Steiger hatte, wie die amtliche Untersuchung ergeben hat, am Morgen des Unglücks das Seil nicht kontrolliert. Derselbe ist nunmehr mit der Hälfte seines Gehaltes einseitig vom Dienste suspendiert.

Worms, 12. April. (300 000 Mk. gestiftet.) Der Reichstagsabgeordnete Freiherr Seyl zu Herrnsheim stiftete aus Anlaß der Hochzeit seines ältesten Sohnes mit einer Prinzessin von Hessen und Böhmen der Stadt Worms, deren Ehrenbürger er ist, eine Summe von rund 300 000 Mk. zum Zwecke der Errichtung eines städtischen Gesellschaftshauses, mit der Verpflichtung, dreimal im Jahre Volks-Vorlesungen in dem Hause zu veranstalten.

Mus aller Welt.

Schiffszusammenstoß. Die englischen Torpedozerstörer „Falcon“ und „Colne“ stießen im Kanal zusammen und liefen mit erheblichen Beschädigungen in den Kriegshafen zu Dover ein.

Wegen der großen Überschwemmungen mußte die Anatolische Bahn den Verkehr zwischen Eskişehir und Konia einstellen.

Ein Waldbrand vernichtete bei Wulsdorf 25 000 Quadratmeter Tannenbestand.

Der Bankier Benoist, Herausgeber eines Pariser Finanzblattes, wurde in seinem Bureau von einem seiner Kunden namens Carroit erschossen. Der Mörder wurde verhaftet. Er gab an, Benoist habe ihn um 50 000 Francs betrogen.

Schiffsunfall. Der Great Eastern-Dampfer „Brusfels“, der von Harwich nach Antwerpen bestimmt war, ist bei dichtem Nebel auf der Festlandseite des Hafens von Harwich aufgefahren. Die Passagiere wurden an Land gebracht.

Entgleist ist in der Nähe von Chasleau (Provinz Ontario) ein Durchgangszug der Canadian Pacific-Bahn. Fünf Wagen stürzten den Bahndamm hinunter und gerieten in Brand, wobei 15 Personen ums Leben kamen.

In der Untersuchung gegen den „Zirkusdirektor“ Niederhofer wegen des Mordes an dem Kaufmann Hendtschel in München ist jetzt eine neue Wendung eingetreten. Niederhofer hatte, wie erinnerlich, einen Artisten des Mordes bezichtigt, mit dem Hendtschel nach England gereist und der auch mit ihm im Zirkusgebäude gewesen sein soll. Nach langer Bemühung ist es der Polizei nun gelungen, den betreffenden Artisten in England aufzufinden und nach München zu bringen. Er wurde dort plötzlich Niederhofer gegenübergestellt, und sagte ihm auf den Kopf zu, daß er, Niederhofer, allein mit Hendtschel in den Zirkus gegangen sei, Seitdem sei Hendtschel unsichtbar gewesen. Niederhofer hat Hendtschel zum Ankauf einer Looping-the-Loop-Vorrichtung in seinen Zirkus gelockt und dort ermordet und beraubt. Wegen des in Innsbruck an der Frida Grande aus Verlin verübten Mordes, dessen Niederhofer gleichfalls bezichtigt wird, ebenso wie der Brandstiftung am Zinsbruder Panoramagebäude, hat der Münchener Untersuchungsrichter eine große Anzahl Zeugen aus Innsbruck, darunter zwei Rechtsanwälte und eine Reihe von Ungestellten nach München kommen lassen.

Reiche Stiftungen hat der in Stuttgart verstorbene Ober-Medizinalrat Burckhardt hinterlassen: zur Erbauung eines Ärzte-Klubhauses 40 000 Mark, für die Ärzte-Unterstützungsstelle 20 000 Mark und für das Armen- und Kranken-Ludwigs-Hospital 10 000 Mark.

Das Geheimnis von Konig. Im Untersuchungsgefängnis zu Weiden ist jetzt der Mörder Liberta photographiert worden. Auch die königliche Staatsanwaltschaft hat eine Photographie eingefordert. Dann wird jeder, der einen Liberta im Frühjahr 1900 in Konig gesehen zu haben glaubt, feststellen können, ob es derselbe gewesen ist — wenn sich das Aussehen des Mannes in den sieben Jahren nicht etwa sehr erheblich geändert hat. Vielleicht wird Liberta nach Konig transportiert, oder man läßt den Abbedereibitzer Schulz aus Grabow bei Marienwerder (früher in Konig) nach Weiden kommen, damit festgestellt wird, ob Liberta im Frühjahr 1900 in Konig beschäftigt war. Was den Namen anlangt, so kann auch eine Verwechselung mit dem ebenfalls fremdartig klingenden Salopata vorliegen, der in der Nacht zum 11. März von Zempelburg nach Konig gewandert und damals vernommen worden ist, aber sein Alibi glaubhaft nachgewiesen hat. Mit derweilen werden in Konig die amtlichen Ermittlungen fortgesetzt.

In der Wohnung überfallen. Ein schweres Verbrechen hat Mittwoch abend in der neunten Stunde in der Königgräberstraße 87 in Berlin der Arbeiter Emil Basse verübt, indem er den 61jährigen Kaufmann Hermann Tiedemann zu erschließen suchte. T. wurde von vier Kugeln getroffen, doch ist Lebensgefahr bei ihm nicht vorhanden. B. brachte sich bei dem Mordtat selbst einen Schuß bei und wurde als Polizeigeisfangener nach der Charitee überführt. In der Wohnung, die T. seit kurzer Zeit bewohnt, waren früher eine reiche Witwe und deren Tochter ansässig. Wahrscheinlich hatte nun B. die Absicht, in der Behausung der wohlhabenden Dame einen Raub auszuführen. Er mußte noch nicht, daß der Mieter inzwischen gewechselt hatte, und erschien in der Wohnung und verlangte Einlaß. T., der öffnete, wies ihn jedoch ab, und nach kurzem Wortwechsel zog B. aus der Rocktasche einen Revolver hervor und gab mehrere Schüsse auf den alten Mann ab. Trotzdem dieser von vier Kugeln getroffen war, befahl er die Geistesgegenwart, sich dem Täter zur Wehr zu setzen und ihn festzuhalten. Bei dem Kampf, der sich nun zwischen den beiden abspielte, ging die Waffe noch einmal los, und eine Kugel drang dem B. in die linke Hand. Auf die Rufe des T. eilten Nachbarn hinzu, und B. wurde jetzt der Polizei übergeben. Er wurde zunächst nach der Unfallstation gebracht und nach Anlegung von Notverbänden in die Charitee als Polizeigeisfangener eingeliefert.

Neueste Nachrichten

(W. Continental-Telegraphen-Kompagnie (Wolffs Bureau). H. Hirsch's Telegraphisches Bureau; E. Privatmeldungen.)

Essen, 12. April. Im Kreise Essen nimmt die Genickstarre einen Umfang, der geradezu beängstigend wirken kann. Bisher sind in Carnah 22 Fälle und in Altenessen zwei Fälle von Genickstarre-Erkrankung amtlich festgestellt. In Carnah ist eine Baracke errichtet, in welche die in den Krankenhäusern untergebrachten Kranken geschafft werden sollen. Aus Horst a. Emscher werden fast täglich neue Erkrankungen gemeldet, bis jetzt sind dort 35 Personen erkrankt.

Hamburg, 12. April. Auf dem im Kaiser Wilhelmshafen liegenden Dampfer Umbrie der Hamburg-Amerikalinie, dessen Ladung hauptsächlich aus Copra besteht, brach Feuer aus. Zur Bekämpfung des Feuers rückten mehrere Löschzüge an, zwei Sprizendampfer setzten das Vorderteil des Schiffes, wo sich der Herd befand, unter Wasser. — Um 12 1/2 Uhr wurde das Feuer gelöscht.

Wenthen, 12. April. Ueber 200 Mann der Gubler Zinkhütte sind in den Ausstand getreten.

Paris, 12. April. Gestern Abend stürzte in einer auf dem Montmartre gelegenen Druckerei eine Decke ein und begrub 5 Arbeiter. Zwei wurden tot, drei schwer verletzt aus den Trümmer hervorgehoben.

Toulon, 12. April. Die Bäckerarbeiter faßten gestern den Beschluß, heute Mittag in den Ausstand zu treten.

Wod, 12. April. Hier wurde auf eine Militärpatrouille geschossen. Diese erwiderte das Feuer, wobei eine Person getötet und mehrere verwundet wurden.

Verantw. Redakteur Fr. Meyer, Kamen.
Fernsprecher der Kamenener Zeitung Nr. 14, Kamen.

Bekanntmachung.

Gemäß § 7 des Gesetzes betr. die Anlegung und Veränderung von Straßen und Plätzen in Städten und ländlichen Ortschaften vom 2. Juli 1875 wird der Bebauungsplan der Stadt Kamen, umfassend die sämtlichen Pläne der inneren Stadt und Feldmarken, nach völliger Umarbeitung vom 16. April cr. ab vormittags während der Dienststunden im Stadtbauamt Nr. 17 des Rathauses zu jedermanns Einsicht 4 Wochen offengelegt.

Einwendungen sind innerhalb einer Präklusivfrist von 4 Wochen bei dem Magistrat anzubringen.

Kamen, den 11. April 1907.

Der Magistrat: v. Basse.

Verdingung.

Für das Jahr 1907/08 sollen die städtischen Fuhrleistungen — Vorpann für einen Sprengwagen u. s. w. — vergeben werden.

Termin zur Entgegennahme der mündlich abzugebenden Angebote ist auf Freitag, den 19. d. Mts., nachmittags 5 1/2 Uhr, im Rathause Zimmer 17, anberaumt.

Die Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht. Kamen, den 12. April 1907.

Das Stadtbauamt.

465

Dauerhafte und sauber gearbeitete Särge sowie sämtliche Leichenwäsche u. Kränze hält stets auf Lager 228

W. Hillmann, Westendor.

Turn- Verein zu KAMEN.

General-Versammlung am Mittwoch d. 17. April, abends 9 Uhr, bei Herrn F. Jordan.

Tagesordnung:

1. Rechnungslage für 1906.
2. Rassenabschluß des 1. Quartals 1907.
3. Antrag betr. Auslösung von Schuldsscheinen.
4. Besprechung.

Kamen. Der Turnrat.

Bahnhofstraße 34

I. Etage

6 Zimmer, Mansardenzimmer, Keller, Waschküche und Bodenraum per 1. Juli zu vermieten. Näheres durch 1435 Bauunternehmer Gödecke.

Fahrräder, erstklassig, direkt von der Fabrik, an Private und Händler von Mk. 65 an.

Zubehörteile, prima Mäntel von ca. Mk. 4, Luftschläuche von Mk. 2,80 an.

Reparaturen, auch an fremden Fabrikaten prompt u. billigst. Katalog gratis und franko.

Duisburger Fahrradfabrik „Schwalbe“ Akt.-Ges. Duisburg-Wanheimerort. Gegründet 1896. 332

1 Wohnung

von 3 Zimmern auf sofort oder später zu vermieten. 454

Ostenfeldmark 49.

Geld gegen bequeme Katenrückz. anerkant streng reell u. schnell, als kret a. Kraus u. Co., Schöneberg b. Berlin. (Abtr. Danfchr.) Rückz. orb. 2571

Kamen!

Kamen!

Im Saale des Herrn L. Rieder:
Heute, Sonnabend, abends 8 Uhr:

Eröffnungs-Vorstellungen

der Jowcoba-Neger-Truppe aus Westafrika
unter Führung ihres Häuptlings Gjakaka.

8 Personen (Männer und Frauen.)

Aus dem sehr reichhaltigen Programm: Kriegsgebet,
Messer-Haupttanz, Afrikanische Negerhochzeit, Beerdigung
eines Häuptlings, Lanzenfechten etc.

Sonntag nachmittag 4 Uhr.

Große Kinder- und Familien-Vorstellungen,
sowie abends: Grosse Brillant-Vorstellungen.

Montag abend:

Letzte große Abschieds-Vorstellungen.

Stündlich finden Vorstellungen statt.

Eintrittspreise: 1. Platz 40 J. 2. Platz 30 J.
Galerie 20 J. Kinder zahlen auf allen Plätzen die Hälfte.

Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

L. Rieder,
Kamen, am Markt.

464i



Der Männer-Gesang-Verein

„Einigkeit“ zu Weddinghofen

feiert sein diesjähriges

Frühjahrs-Kränzchen

am Sonntag, dem 14. ds. Mts., beim Vereinswirt
Herrn H. Klute durch

Konzert, Theater und Ball.

Anfang der Festlichkeit des nachmittags um 4 Uhr.

Zu derselben ladet freundlichst ein

Der Vorstand.

460i



Friedr. Frieling, Kamen

empfehlte sein grosses Lager in

Fahrrädern

nur erstklassiger Fabrikate

zu billigsten Preisen.

Volle Garantie für Haltbarkeit und leichten Gang.

Elegante Form! Bestes Material!

Ersatz- und Zubehörteile

in grösster Auswahl.

386

la. Luftschläuche und Mäntel unter Garantie

Acetylen-Laternen

in unerreichter Auswahl zu billigsten Preisen.

Reparaturen, sowie Neuemallierung und Vernickelung von
Rädern werden prompt und gut ausgeführt.

Schulte-Oestrich & Hilgenstock Nachf.,

Inhaber: Peter Gross.

CAMEN, Nordenmauer 37

Baumaterialien-Handlung, Steinhauerei,

Lager in:

Flur- u. Wandplatten, Ton- u. Zementröhren, Treppen-
stufen, Krippen, Spül- und Schleifsteinen,
Zement, Gips, Schwemmsteinen, feuerfesten Steinen etc.

..... Weiss- und Wasserkalk.

Ausführung von: Marmor-, Terrazzo-,
Zementbeton- u. Asphalt-Arbeiten jeder Art.

Spezialität: Grab-Denkmalen

in Marmor, Syenit u. Sandstein.

Große Auswahl!

Größtes Lager in
allen Sorten Särgen

prima Arbeit

in jeder Länge, in Metall-, Eisen-, Buchen-,
Tannen- etc. etc. Holz,
sowie sämtlichen Artikeln zur inneren
und äußeren Sargausstattung.

Auf Särge, Leichenwäsche u. Kränze habe ich bedeutende Preisermäßigung eintreten lassen.

Ludwig Knieper, Schreinermeister,
Kamen, Nordstraße No. 7.

NB. Bitte auf Namen und Nummer zu achten!

69

Billige Preise!

Größtes Lager in
Blatt-, Moos-, Perl- und Metall-
Kränzen.

Blumen, Blättern und Schleifen.

Frische Kränze
nur auf Bestellung.

Auf Särge, Leichenwäsche u. Kränze habe ich bedeutende Preisermäßigung eintreten lassen.

Fr. Matthia

KAMEN,
Weststraße 10.

Buch- und
Papierhandlung,
Bureau-Artikel,
Galanterie- und
Lebervaren.
Buchbinderei.

Spezialität:
Bilder-Einrahmungen
unter Garantie für
absol. Stausicherheit.

Größte Auswahl:
Bilder, Bilderleisten
u. Rahmen jeder Art.
Prompte Bedienung.
Billigste Preise.

309



Wie neu, dabei sehr billig
mit Brauns'schen Stofffarben:
mit Brauns'schen Cremefarben:
mit Brauns'schen Blusenfarben:
halbschöne Blusen, Waschkleider etc.

Brauns'sche moderne Holzbeizen
sind für Liebhaberstücke (Brandmalerei etc.)
sehr beachtenswert.

Käuflich in Drogeriehandlungen
und Apotheken.

Ausdrücklich fordern man
Brauns'sche Farben mit
dieser Schmetterlingsmarke.



Selbstfärberei
im Haushalt

Dhlendorff's echter Peru-Guano

„Füllhornmarke“



Füllhorn rot,
Längsstr. gelb, Schrift blau.

ist neben Stallmist
bekanntlich das

vorteilhafteste u. sicherst
wirkende Düngemittel.

229t

Vorsicht bei Angebot
von billigeren Marken.



L. Kosanetzky,
Kamen, Markt.

Stets das Neueste in Hüten,
Mützen u. Schirmen etc.

Reparaturen an Schirmen billig.

Spazierstöcke

Tornister (nur echt Leder)

Hosenträger

Turner- u. Rad-
fahrer-Gürtel

Portemonnaies

Kämme

Kleider- und
Kopfbürsten

Taschenspiegel

Taschenmesser

Mundharmonikas

Leinen- und
Papiertwäsche

Echtlipse

Glace-Handschuhe
für Herren.

Anfertigung von

Vereinsmützen jed. Art.

Gelegenheitskauf!

Gebrauchtes Klavier

billig zu verkaufen.

H. van Bremen, Dortmund,
Heiligerweg 15.

Verzinkte

Drabt-
Geflechte

□-Meter

von 18 1/2 J an,

Stacheldraht,

Zaundraht,

Krampen,

Grabeschuppen

sowie alle

Gartengeräte billig.

Infolge bedeutender Abschlüsse

sind meine Preise ohne

Konkurrenz.

Bei Bedarf bitte anzufragen.

C. Müller, Kamen.

— Fernsprecher 105. —

Besten-Magen-Bittern

von Ernst L. Arp, Kiel,

ist das feinste diätetische Genuß-
mittel, vielfach prämiert mit

1. Preisen und ärztl. empfohlen.

Fr. Hausmann, Restaurant Kamen.

Fr. Hausmann, Restaurant Kamen.

Fr. Hausmann, Restaurant Kamen.

Fr. Hausmann, Restaurant Kamen.

Fr. Hausmann, Restaurant Kamen.

Fr. Hausmann, Restaurant Kamen.

Fr. Hausmann, Restaurant Kamen.

Fr. Hausmann, Restaurant Kamen.

Fr. Hausmann, Restaurant Kamen.

Fr. Hausmann, Restaurant Kamen.

Fr. Hausmann, Restaurant Kamen.

Fr. Hausmann, Restaurant Kamen.

Empfehle zu konkurrenzlos
billigen Preisen:

la. verzinkte

Drabtgeflechte

(sechseckig und viereckig)

zur Herstellung von Zäunen

aller Art.

Verz. Flechtungsdrabt

Bindedraht

Stacheldraht

weit und eng geflecht.

Patentdrahtkrampen.

Bei Bedarf bitte im eigenen

Interesse um Preis anfrage.

Fr. Frieling,

Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Fr. Frieling, Kamen.

Rohen und gekochten

Schinken

im Anschnitt, empfiehlt

Kamen.

G. Ebbinghaus.

G. Ebbinghaus.

G. Ebbinghaus.

G. Ebbinghaus.

G. Ebbinghaus.

G. Ebbinghaus.

G. Ebbinghaus.

G. Ebbinghaus.

G. Ebbinghaus.

G. Ebbinghaus.

G. Ebbinghaus.

G. Ebbinghaus.

G. Ebbinghaus.

Verkauf

auf der Ziegelei bei Hans Red.

Am Mittwoch dem 17.

ds. Mts., nachm. 2 Uhr

beginnend, sollen auf der Ziegelei

bei Hans Red infolge Einstellung

des Betriebes gegen Barzahlung

bezw. Kredit verkauft werden:

1. ca. 110 lfd. Meter Schuppen

von 10—12 m Breite, darun-

ter ein vor einigen Jahren neu

erbauter, sehr starker Schuppen

von 21 m Länge mit 30 Türen.

2. 3 Brennösen (zum Abbruch)

mit fast neuem Dache und

neuem Brennhause von ca.

12 m Länge und 5 m Breite.

3. Die dazu gehörigen Kofe,

Feuerungstüren, Ketten und

sonstige Eisteile.

4. 2 Tonnmühlen (Tonschneider)

mit Göpelpetrieb.

5. Gerüste zum Trocknen von ca.

30000 Stück Dachziegel.

6. Eine vor 1 1/2 Jahren neu be-

schaffte Falzriegelpresse nebst

5000 Stück Trockenrähmchen.

7. 2 Drainröhrenpressen.

8. ca. 750 lfd. m Feldbahngleis,

2 Drehplatten u. 2 Rippwagen.

9. 3 Pumpen, 4 Bettstellen nebst

Betten und Decken, Kleider-

schränke, Koffer und andere

Gegenstände.

Ferner stehen zum Verkauf

eine Partie Hohlziegel u. Falzriegel

Kamen.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Reinhard, Gerdtz,

453 Aufl.

Kamener Zeitung

Erscheint an jedem Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Insertions-Gebühr für die Zeile oder deren Raum 10 Pfg., die Reklame-Zeile oder deren Raum 35 Pfg.

Volksfreund für Kamen und Umgegend

Expedition von J. Grombach in Kamen

Bezugspreis mit der Unterhaltungsbeilage
Für's Heim
monatlich 40 Pfennig. Bei Bezug durch die
Post vierteljährlich 1 Mark 25 Pfennig.

Nr. 45.

Sonnabend den 13. April 1907.

35. Jahrgang.

Zweites Blatt.

Reichstag.

Präsident Graf Stolberg gedenkt bei Eröffnung der Mittwoch-Sitzung zunächst der inzwischen verstorbenen Reichstagsmitglieder, des Prinzen Arenberg und Auer, zu deren Ehren das Haus sich erhebt. — Auf der Tagesordnung steht zunächst Beratung des Gesetzentwurfs betr. den Gebührentarif für den Kaiser-Wilhelm-Kanal, der die Verlängerung des bisherigen Tarifs bis zum Jahre 1912 vorsieht.

Abg. Gird (Natl.) stimmt der Vorlage zu und wünscht Beseitigung vielfacher Verkehrsschwierigkeiten, die sich auf dem Kaiser-Wilhelm-Kanal herausgebildet hätten. Es wäre zweckmäßig, wenn die Kanalverwaltung mit den Handelskammern und sonstigen kommerziellen und industriellen Vertretungen in Verbindung treten würde. Redner geht näher auf die Verkehrsverhältnisse auf dem Kanal ein. — Abg. Dr. Leonhart (Freis. Vp.) erklärt, seine Partei halte prinzipiell an der Forderung fest, daß auch der Reichstag bei der Festsetzung der Tarife ein mitbestimmendes Votum habe. Wenn sie gleichwohl dem Entwurfe zustimme, so geschehe es, weil über die Tarifrage selbst eine tiefgehende Meinungsdivergenz nicht vorhanden sei. — Staatssekretär Graf Posadowsky erwidert, die Bestimmung des Kanalreglements, die die Haftbarkeit der Kanalverwaltung ausschließt, solle beseitigt werden. (Bravo!) Der Fahr- und Schleppbetrieb dürfte, trotzdem er einen jährlichen Aufschuß von 370 000 Mark vom Reiche verlange, nicht in private Hände übergehen; denn je mehr der Verkehr im Kanal sich steigere, desto präziser müsse auch der Schleppdienst vor sich gehen. — Abg. Kirch (Str.) fragt, wie hoch die Kosten für die geplante Erweiterung des Kanals sich stellen werden. — Abg. Dr. Hahn (Hsp. d. Konf.) erklärt, seine Freunde seien für die volle Wahrung der Reichstagsrechte. Die Festsetzung der Tarife könne man aber künftig ruhig dem Kaiser und dem Bundesrat überlassen. — Staatssekretär Graf Posadowsky führt aus, bei der Neuordnung der Gebührenverhältnisse würden die hier vorgebrachten Wünsche einer ernsten und eingehenden Prüfung unterzogen werden. Die Vorlage über die Kosten und Gestaltung der Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Kanals liege derzeit dem Bundesrat vor; es wäre verfrüht, jetzt schon ehe das Haus Kenntnis von diesem Projekt genommen habe, auf dessen Einzelheiten einzugehen. Darauf wird die Vorlage in erster und zweiter Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Etats des Reichsamts des Innern. Abg. Trimborn (Str.) führt aus, er habe schon bei Gelegenheit der letzten sozialpolitischen Interpellationen hervorgehoben, daß sich das Jahr 1906 für die Sozialpolitik parlamentarisch vollständig unfruchtbar erwiesen habe. Er möchte fragen, in welchem Stadium der Vorbereitung die Zusammenlegung der drei Versicherungsarten sich befinde und wie der Staatssekretär sich das weitere Vorgehen denke. Die Grundzüge der Zusammenlegung möchten bald veröffentlicht werden. Sodann jagt er an, ob die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter in die Versicherungsgesetzgebung warten solle bis zur Zusammenlegung der Versicherungsarten, oder ob diese Frage durch ein besonderes Gesetz geregelt werden solle. Die Denkschrift über die Arbeitslosenversicherung des Auslandes sei eine sehr wertvolle und dankenswerte Arbeit. Seine Partei verlange die Verkürzung des Maximal-Arbeits-tages, besonders für Frauen, und zwar besonders an den Tagen vor den Sonn- und Feiertagen auf 6 Stunden und die Verlängerung der minimalen Sonntagsruhe von 24 auf 36 Stunden. Seine Partei verlange den verstärkten Arbeiterschutz und den sanitären Maximal-Arbeits-tag besonders für diejenigen Industrien, die mit Gift und explosiven Stoffen hantieren, für die Glas- und Hüttenindustrie. Die übrigen von seiner Partei in früheren Jahren angeregten Reformen werde sie in Initiativanträgen oder Resolutionen wiederum in Anregung bringen. Redner geht darauf auf das weitere sozialpolitische Programm des Zentrums ein und berührt die Verwirklichung der Witwen- und Waisenversicherung. Auch die Regelung der Frauen- und Kinderarbeit in gesundheitsgefährlichen Industrien und einheitliche Bestimmungen für die Vergütung der öffentlichen Arbeiten und die Verbesserung der Privatbeamten seien Forderungen, die seine Partei in erster Linie stelle. Wenn dieser neue Reichstag keine erheblichen sozialpolitischen Fortschritte erziele, so werde dem nationalen Gedanken zweifellos der größte Schaden erwachsen. Das würde der sicherste Weg sein, der Sozialdemokratie zu ihrer alten Mandatsstärke zu verhelfen. (Beifall im Zentrum.) — Abg. Bassermann (Natl.) erklärt, die letzte Mahnung des Vorredners unterschreibe er. Die große Zahl der Initiativanträge, die in diesem Reichstage von den verschiedenen Fraktionen eingebracht worden sei, beweise die Zunahme des sozialpolitischen Interesses. Die wieder eingebrachten Resolutionen seien zum Teil alte Bekannte. Durchblättert man das Reichsgefechtblatt, so stoße man auf ein sozialpolitisches Vacuum. Die Verwaltung komme aus dem Stadium der Vorbereitung zu langsam heraus. Hoffentlich werde wenigstens eine reichsgesetzliche Regelung des Vereins- und Versammlungsrechtes recht bald nachgeholt, nachdem die Vorlage wegen der Berufsvereine an die zweite Stelle verwiesen worden sei. Ein Teil der Schuld liege wohl auch in den Mängeln in der Organisation des Reichsamts des Innern. Das Vorgehen des Reichstages mit diesen vielen Initiativanträgen mache nicht den Eindruck der Planmäßigkeit. Der Ausbau des Vereins- und Versammlungsrechtes müsse gefördert werden, ebenso die Sicherung des Wahlgeheimnisses. In der Frage der Privatbeamten sei die Konkurrenzklause besonders brennend. Die Rechtsfrage der Tarifverträge müsse geklärt werden. Die Streik- und Aussperrungsgefahr würde dadurch wesentlich gemindert, wenn nicht beseitigt werden können. Als Friedensvermittler sehe er die Arbeitskammern an. Die Regelung der Sonntagsruhe

und die Einbeziehung der Binnenschiffahrtstreibenden in diese sei eine Forderung der Nationalliberalen. Die Schaffung eines selbstständigen Reichsarbeitsamts sei dringend nötig; das Reichsamt des Innern sei nicht mehr imstande, diesen großen Zweig seiner Verwaltung auch noch zu versehen. Eine kräftige Sozialpolitik sei geeignet, die nichtsozialdemokratischen Arbeiterorganisationen zu stärken und der Sozialdemokratie Abbruch zu tun. Mögen die Regierungen unser Bestreben in dieser Hinsicht unterstützen. (Beifall bei den Nationalliberalen.) — Abg. Werner (Dtsche. Refpt.) erklärt, die Forderung nach einem Reichsarbeitsamt unterstütze seine Partei aufs entschiedenste. Dann aber verlange sie auch eine kräftige Mittelstandspolitik. — Abg. Lehmeier (Str.) meint, der Krebschaden für die anfänglichen Gewerbetreibenden sei der Hausierhandel. Dieser müsse nach Möglichkeit eingeschränkt, oder gar beseitigt werden. Noch schlimmer seien die Detailreisenden; da wird man obendrein noch angeschmiert. (Heiterkeit.) — Darauf wird die Weiterberatung vertagt.

Deutschland.

— Das Abgeordnetenhaus setzte am Mittwoch die Beratung des Kultusetats bei dem Kapitel „Universitäten“ fort. Mehrere Redner berührten die Ausländerfrage und besprachen die Betätigung ausländischer Studenten für die Sozialdemokratie bei den letzten Reichstagswahlen.

Minister Dr. v. Studt erklärte, auf preussischen Universitäten sei eine solche Betätigung nicht erfolgt, auch hätten sich hier die Ausländer nicht gegen die akademische Ordnung vergangen. Die große Zahl von Russen unter den Ausländern erkläre sich aus den augenblicklichen Zuständen. Die Unterrichtsverwaltung werde aber die Frage erneut prüfen. — Ein Regierungsvertreter widersprach der Behauptung, daß die Ausländer aufgrund minderwertiger Zeugnisse immatrikuliert würden und fügte hinzu, daß eine Konferenz von Rektoren der Universitäten sich gegen eine Verschärfung der Ausländerbestimmungen ausgesprochen habe. — Im weiteren Laufe der Debatte wurden Wünsche betreffend Schaffung neuer Lehrstühle für soziale Medizin, Kolonialrecht und Kolonialwirtschaftspolitik vorgebracht, denen ein Regierungskommissar wohlwollende Prüfung zusicherte.

— Zur Friedenskonferenz wird der „Tägl. Absh.“ aus Wien gemeldet, daß nach einem in dortigen diplomatischen Kreisen zirkulierenden Gerüchte die Abrüstungsfrage durch die vor zwei Tagen erfolgte Ueberreichung der deutschen Antwort auf die russische Zirkulardepeche in ein entscheidendes Stadium getreten sei. Die deutsche Note lehnt die Beteiligung an einer Diskussion des englischen Abrüstungsantrages ab und verweist auf die Uebereinstimmung, die zwischen den Dreikaiserkräften in dieser Frage bestehe.

— (Festmahl des deutschen Handelstages.) Die Arbeiten des Deutschen Handelstages in Berlin waren im Laufe des einen Sitzungstages erledigt worden. Am Abend vereinigte ein Festmahl die Delegierten und Gäste. Nach dem Kaiserhock, das Präsident Kämpf ausbrachte, nahm Staatssekretär von Tschirschky das Wort und versicherte, daß er in seinem verantwortungsvollen Berufe jederzeit den Interessen des deutschen Handels seine ganz besondere Fürsorge werde angedeihen lassen.

Nach dem Reichsbankepräsidenten Koch erhob sich Kolonialdirektor Dernburg zu einer Ansprache, in der er auf den 11. Januar d. J. hinwies, wo er an derselben Stelle von neuen Aufgaben sprach, zu deren Lösung ihn das Vertrauen des Kaisers berufen hat. Er könne an dieser Stelle nicht viel anders, als seinen früheren Kollegen, dem Handelsstand seinen warmsten Dank aussprechen dafür, daß sie ihm geholfen haben, das Verständnis der Nation für die Aufgaben zu öffnen, die er übernommen habe, als ein Kaufmann und Vertreter deutscher Handelsinteressen. Nicht das Verlangen nach Geldvermehrung sei es in erster Reihe gewesen, was dem Erwerb unserer Kolonien zugrunde lag, sondern es waren deutsche Ideale. Über diesen Idealen muß eine reale Basis gegeben werden. Es handelt sich nicht darum, auf die Vorgeschichte der Besitznahme unseres großen afrikanischen Landbesitzes einzugehen. Wir haben uns mit wirklichen Tatsachen abzugeben und die deutsche Intelligenz, den deutschen Unternehmungsgeist, die deutsche Tatkraft in ihrer oft bewährten zielbewußten Arbeit zur Ausbarmachung unseres Kolonialbesitzes in Bewegung zu setzen. Wir wollen im internationalen Wettbewerb bei der Preisgestaltung derjenigen Produkte ein Wort mitreden, bei denen wir eine Rolle zu spielen imstande sind. Ganz besonders packte der Kolonialdirektor die angeregten Hörer durch den Hinweis auf die patriotische und die soziale Seite des Kolonialproblems, und seine zum Schluß ausgesprochene Bitte an den deutschen Kaufmannsstand, unbeschadet der in Betracht kommenden materiellen Gesichtspunkte auch die idealen Seiten der Frage niemals aus den Augen zu verlieren, fand eine einstimmige Zustimmung.

— Eine Werftarbeiterversammlung beschloß in geheimer Abstimmung mit 1000 gegen 300 Stimmen die

Fortsetzung des Streiks der Schmiede der Aktiengesellschaft Weser. Darauf ist die Rickmerssche Werft in Bremerhaven geschlossen worden. Sonnabend werden die Werften von Tiedlenborg in Geestmünde und Seebeck in Bremerhaven ebenfalls ihre Betriebe schließen, falls bis dahin die Differenzen bei der A.-G. Weser nicht beigelegt sind. Damit würden etwa 12 000 Arbeiter beschäftigungslos sein.

Ausland.

Russland.

— (Das russische Budget unter Dsch.) Die russische Duma ist mit ihren langatmigen Budgetberatungen endlich zu Ende gekommen. In der letzten Beratung hatte man schließlich zu einer Beschränkung der Redegzeit auf zehn Minuten greifen müssen, um die Wortflut einzudämmen. Viele Redner verzichteten dann auf das Wort. Finanzminister Kozlowzew verteidigte sich sodann gegen die Angriffe der Sozialisten. Er führte aus, die Kritik ist leicht, aber die Kunst ist schwer. Jeder von der Rücksicht auf das öffentliche Wohl eingegebene Schritt erfordert neue Ausgaben, aber woher das Geld nehmen? Aus der Abschaffung der Steuer auf Zucker und Tee und der Zölle würde sich an Stelle der im Budget aufgeführten Einnahmen nur ein Nichts ergeben. Der Minister geht dann auf den sozialistischen Antrag ein, das Budget ohne Ueberweisung an die Budgetkommission abzulehnen, der damit begründet ist, daß die budgetären Rechte der Duma gleich Null seien. Er weist diese Behauptung als unberechtigt und falsch zurück und sagt, es gebe nur einen gewissen Teil des Budgets, der wie durch einen Panzer geschützt und daher gemäß dem Staatsgrundgesetz für die Duma unantastbar sei. Dies sei der Teil, welcher die Ausgaben des kaiserlichen Hofes und derjenigen für Zahlung der nationalen Schulden und der Staatsobligationen enthalte. Der Minister erklärt schließlich, er sei für den Antrag der Kadetten und der Partei der Gemäßigten auf Ueberweisung des Budgets an die Budgetkommission. (Beifall rechts.) Der Präsident bringt nunmehr diesen Antrag zur Abstimmung. Er wird mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Revolutionäre angenommen. Die Kadetten, die Rechte, und die Gemäßigten begleiten diesen Beschluß, der einen Sieg über die äußerste Linke bedeutet, mit großem Beifall.

Westfalen und Rheinland.

— Kamen, 13. April. (Baupolizeibeschwerden an die falsche Adresse.) Noch immer werden zahlreiche Beschwerden, die ausschließlich baupolizeiliche Angelegenheiten betreffen, in letzter Instanz irrthümlicherweise an das Ministerium des Innern gerichtet. Es entstehen dadurch Verzögerungen in der Entscheidung, die für die Beteiligten leicht von Nachteil sein können. Im Interesse des bauenden Publikums wird deshalb darauf hingewiesen, daß die Baupolizei bereits durch den Allerhöchsten Erlaß vom 17. April 1848 vom Ministerium des Innern abgezweigt und dem Ministerium der öffentlichen Arbeiten unterstellt worden ist.

— Kamen, 13. April. (Mitgift und Scheidung.) Wenn eine Ehe geschieden wird, hat der Mann das in seinem Besitz befindliche eingebrachte Vermögen der Frau ohne jeden Abzug herauszugeben, gleichviel, ob ein Teil allein für schuldig erklärt wird, oder ob beide Teile für schuldig erklärt werden. Was der Gatte mit Einwilligung der Frau von deren eingebrachtem Vermögen mangels genügenden Verdienstes zur Bestreitung des ehelichen Aufwandes verausgabt hat, braucht er nicht zu erstatten. Dagegen kann die Frau, auch wenn sie allein für schuldig erklärt wird, verlangen, daß der Mann ihr das eingebrachte Vermögen auf einmal herausgibt und braucht sich nicht mit Ratenzahlungen zu begnügen. Wird die Frau für allein schuldig erklärt, so kann der Mann Schenkungen, die er während des Brautstandes oder der Ehe gemacht hat, binnen Jahresfrist nach der Rechtskraft des Scheidungsurteils widerrufen. Die Frau ist im Falle der Scheidung unter allen Umständen verpflichtet, zu den Kosten des Unterhalts der gemeinschaftlichen Kinder aus den Einkünften ihres Vermögens einen angemessenen Beitrag zu leisten.

— Kamen, 13. April. (Verschiedenes.) Die Fürsorge der Invalidenversicherung erstreckt sich auch schon dann auf die Versicherten, wenn sie noch nicht invalide, aber von einer Erkrankung ergriffen sind, welche zur Invalidität führen kann. Es liegt auf der Hand, daß frühe Hilfe die beste ist. Die Landesversicherungsanstalt Westfalen in Münster bringt versicherte kranke Personen in Heilstätten oder Bädern unter, wenn die Befämpfung der Krankheit dies erfordert und die Kosten eines solchen Heilverfahrens nicht anderweitig aufgebracht werden können. Besonders segensreich wirkt diese Einrichtung bei der gefährlichsten Volkskrankheit, der Lungen-schwindsucht. Leider kommt es noch oft vor, daß namentlich bei dieser Krankheit der Antrag auf Heilverfahren erst im vorgeschrittenen Stadium, wo eine Heilung zweifelhaft oder gar ausgeschlossen ist, gestellt wird. Die Lungen-schwindsucht entwickelt sich oft schleichend unter Erscheinungen und Beschwerden, die scheinbar anderweitigen Erkrankungen zugeschrieben werden müssen. Sie kann in der Form des chronischen Auftrübentarrachs (Husten), eines Magens- und Darmkatarachs und Bleichsucht entstehen. Bei derartigen Krankheitserscheinungen kann den Kranken nicht dringend genug empfohlen werden, rechtzeitig den Arzt über die Notwendigkeit eines Heilverfahrens zu

berrager, damit sie nicht durch zu späte Beantragung des Heilverfahrens der Fürsorge der Versicherungsanstalt verlustig gehen.

(Eisenbahnbeförderung von Fahrrädern nach dem 1. Mai.)
Für die Eisenbahnbeförderung von Fahrrädern nach dem 1. Mai d. Js. gelten folgende neue Bestimmungen: Unverpachte, einstufige Zweiräder — ausschließlich Motorfahrräder — werden auf Entfernungen bis 100 Kilometer nach Wahl der Reisenden entweder gegen Zahlung von Fahrradkarten zum Einheitsfahre von nur 20 Pfennig für jedes Rad oder auf Gepäckschein abgefertigt. Letzterenfalls: 25 Kilogramm bis 50 Kilometer 20 Pfg., von 51 bis 300 Kilometer 50 Pfg., über 300 Kilometer 1 Mk. Die besonderen Bedingungen, unter denen die billigste Abfertigung auf Fahrradkarten nur zugelassen wird, bestehen hauptsächlich in der Verpflichtung des Reisenden zum Verbringen und zum Abholen des Rades zum und vom Nachwagen, auch auf den Unterwegstationen. Auf Entfernungen über 100 Kilometer erfolgt die Abfertigung stets auf Gepäckschein. Für die Abfertigung auf Gepäckschein werden lediglich die Gepäckschaffsätze erhoben.

(Sehr wichtige Bestimmungen über die Konfirmation.)

Nachdem der Oberpräsident der Provinz Westfalen mit Genehmigung des Ministers bestimmt hat, daß zu Ostern die Kinder in die Volksschule aufgenommen werden sollen, die bis zum 30. September das 6. Lebensjahr vollenden und daß die Aufnahme in die öffentliche Volksschule nur einmal im Jahre und zwar zu Ostern beim Beginn des Schuljahres und dementsprechend die Entlassung aus der öffentlichen Volksschule auch nur einmal im Jahre und zwar am Schluß des Winterhalbjahres stattfinden soll, bestimmt das Königl. Konsistorium der Provinz Westfalen, um das so wünschenswerthe Ziel des Zusammenfallens von Konfirmation und Schulentlassung möglichst zu erreichen, folgendes für die Gemeinden, in welchen nur Osterkonfirmation stattfindet: diejenigen Schüler der öffentlichen Volksschulen, welche bis zum 30. September des betreffenden Jahres einschließlich das 12. Lebensjahr vollenden, können auf Antrag ihrer Eltern zu Ostern desselben Jahres mit Aussicht auf vorzeitige Konfirmation nach 2 Jahren in den Katechumenen-Unterricht aufgenommen werden. Die wirkliche Zulassung zur vorzeitigen Konfirmation ist aber von dem Nachweis abhängig, daß die übrigen Erfordernisse zur Konfirmation, wie der zweijährige, ununterbrochene Besuch des kirchlichen Unterrichts, die Aneignung der erforderlichen Kenntnisse, die tadellose sittliche Führung und die geistige Reife zur Konfirmation vorhanden sind. Im Monat Oktober des dem Konfirmationsstermin vorhergehenden Jahres haben die Pfarrer dem Superintendenten ihrer Synode ein Verzeichniß derjenigen Kinder einzureichen, die das gesetzliche Konfirmationsalter noch nicht erreicht haben. Die Superintendenten sind ermächtigt, denjenigen Kindern, welche bis zum 30. September das 14. Lebensjahr vollenden und die sonstigen Erfordernisse zur Konfirmation ausreichend besitzen, den erforderlichen Altersdispens zu erteilen. Diese Bestimmungen beziehen sich aber nur auf die in der Volksschule besuchenden Schüler, die bestehenden Herbstkonfirmationen sollen allmählich in Wegfall kommen.

Nierlohn, 12. April. (Die Bildung der Stadtverordneten.)
In Nierlohner Blättern las man dieser Tage folgendes: „Nachdem die Stadt Nierlohn nunmehr ein selbständiger Kreis geworden ist und ihr von der Regierungsbehörde in dieser Beziehung keine Schwierigkeiten mehr gemacht werden können, sind wir von der Schweigepflicht über ein interessantes Vorkommnis in einer der letzten Stadtverordneten-sitzungen entbunden. Die Leser werden sich aus dem Stadtverordnetenbericht, in dem die Debatte über die Vermehrung der Polizei enthalten war, einer Andeutung erinnern, die damals nur ganz flüchtig erwähnt werden durfte, um den Ausschleißungsverhandlungen keine neuen Hindernisse in den Weg zu legen. Diese Rücksicht fällt nunmehr fort und wir fühlen uns verpflichtet, den Gegenstand jener Andeutung zur Sprache zu bringen. Es handelte sich um ein Schreiben des Dezerenten für kommunale Angelegenheiten bei der Arnberger Regierung an die Stadt, welches auf Antrag des Stadtverordneten Weyland verlesen wurde. Es kam darin — dem Sinne nach — eine Wendung vor, welche es in Zweifel zog, daß nach der Einrichtung eines eigenen Stadtkreises in Nierlohn auch genügend Männer vorhanden seien, deren Bildung sie zur Ausübung eines Stadtverordnetenmandats befähige. Wir können leider nicht mehr den genauen Wortlaut der betr. Briefstelle wiedergeben, aber ihr Sinn war so, und sie erregte in jener Sitzung das peinlichste Aufsehen, beim Vorsitzenden auch äußerlich, und mit Recht, solche Entrüstung, daß es ihm einen Augenblick schwer wurde, die Sitzung weiter zu führen. Es wurde dann damals kein Aufhebens weiter davon gemacht, aber bemerkt, daß man später wenn die Ausschreibung vollzogen ist; auf die Sache zurückkommen könne. Wir halten es im Interesse der Würde unserer Stadtverordneten-Versammlung für unbedingt geboten, daß sie gegen eine solche Umfassung eines jüngeren Regierungsbeamten auf's schärfste protestiert. Hatte die Stadt bisher genügend geeignete Männer als Stadtverordneten, so wird sie's auch später haben; jedenfalls hat irgend ein Regierungsbeamter nicht die mindeste Berechtigung, den Vertretern der Bürgerchaft und damit der gesamten Bürgerchaft so beleidigend gegenüberzutreten.“

1. April hatte ein hiesiger Wirt einen Spaß ausgeheckt, der ihm und einigen eingeweihten Stammtskellern viele Freude machte. Er hatte ein Zehnfünnigstück einen Nagel löten lassen, und besagten Nagel vom Büfsett in den Fußboden geschlagen. Jeder Gast, der nun hereintrat, glaubte einen Groschen gefunden zu haben und machte eine tiefe Verbeugung, um den Groschen aufzuheben. Ein wiesernes Gläschen aus der Stammtischdecke belehrte ihn jedoch recht bald darüber, daß er in den April geschickt worden sei. Mehr noch wurden diejenigen die Zielscheibe des Spottes, die mit scheuem Seitenblick an den Büfsett traten und den Fuß auf den Groschen setzten, damit ihn keiner sehen sollte und sich plötzlich heftig danach häkten. Verzeihend von dieser Kategorie sollen sich so geniert haben, daß sie mit roten Köpfen das Lokal verließen. Der Wirt und seine Freunde haben aber lange nicht so gelacht, wie über den angenagelten Groschen.

Vorum, 12. April. Das Schwurgericht verhandelte gegen den Handlanger Heinrich Sarbed von Neddinghausen, welcher durch mehrfachen Diebstahls und der räuberischen Erpressung angeklagt war. Sarbed wurde während seiner Militärdienstzeit wegen Meineides zu 2 Jahren Zuchthaus und zur Verfestung in der 2. Klasse des Soldatenstandes verurteilt. In der Nacht zum 2. November 1906 brach eine unbekannte Person in die Wohnung des tatf. Refr. Wolters zu Neddinghausen ein. Dieser wurde infolge des Geräusches auf. Ehe er sich aber aus dem Bett erheben konnte, drang die Person in das Schlafzimmer und rief dem Geistlichen zu: „Sie sind in meiner Gewalt, wollen Sie 5 Mark herausgeben.“ Als der Geistliche ihm ein Portemonnaie mit 5 Mark ausstreckte, entwendete der Räuber der Nachtkonsole ein Taschenuhr. Vorher hatte er aus dem Kiste eines Nebenzimmers 5 Mark bares Geld genommen. Als nun die Person auf die Herausgabe von weiteren 15 Mark bestand, ersuchte der Geistliche um Erlaubnis aufzustehen und die Summe aus einem Schrank zu holen. Inborkommend erteilte der Räuber die Erlaubnis. Der Geistliche zog rasch die Schublade der Nachtkonsole auf in welcher sich ein Revolver befand. Kaum war der Räuber der Wohnung ansichtig geworden, als er durchs Fenster flüchtete. Barück ließ keine Schüsse, die ihn der folgenden Untersuchung, die sich gegen den Angeklagten Sarbed richtete, überführten, so daß er sich

etnem Geständniß bequeme. Vor Gericht verlegte sich der Geselle auf hartnäckiges Leugnen, jedoch konnte ihn die Beweisaufnahme voll überführen. Auf Grund des Geschworenenurtheils verurtheilte ihn das Gericht wegen einfachen und schweren Diebstahls, Mordbrauchs und Erpressung unter Verurteilung in das Zuchthaus und 6 Wochen Haft.

5) Herford, 12. April. Einen eigenartigen Tod fand hier ein 5jähriger Knabe dadurch, daß er mit einer Fußbank, auf der er stand, umkippte und im Fallen ein auf der Kochmaschine stehendes Milchgefäß umriß. Die kochende Milch ergoß sich über ihn und verursachte schreckliche Brandwunden, an denen der Knabe verschied.

Essen, 12. April. Eine Ministerialkommission aus Berlin weilte im Essener Eisenbahndirektionsbezirk. Die Kommission reiste mittels Sonderzug und prüfte den Zustand des Oberbaues, die Fahrpläne, namentlich die Güterzugfahrpläne und die Dienstteilelung der Lokomotivführer und des Zugpersonals.

2) **Zeitzburg, 11. April.** Das Schwurgericht beurteilte den früheren Polizeibeamten Aug. Knappe zu insgesamt 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus und 200 Mk. Geldstrafe für je 1 Urkunden- und 1 Diebstahl in einheitlicher Handlung. Der Angeklagte

fälschung und Diebstahl in einperrichter Samlung hat im vorigen Jahre als Polizeiergeant in Mülheim-Ruhr in 3 Fällen Arrestanten, die er in der Nacht auf die Wache brachte, Gelbeträge entwendet und das Arrestantenbuch e-fälscht. Da er aus Notlage gehandelt hat, fähten die Geschworenen einstimmig den Beschluß, ein Gnadengeuch für den Angeklagten zu bekrworten, dem sich der Vertreter der Anklagebehörde, Erster Staatsanwalt Voelling, anschloß.

— **„Zinsburg, 11. April. (Falschmünzer verhaftet.)** Die
Hochfelder Polizei hat zwei Falschmünzer aus Ostpreußen ver-
haftet, die Fünf- und Dreimarkstücke gefälscht und ausgegeben hatten.

Düsseldorf, 12. April. („Dröppelbier“ für die Musikanten.) Während einer Schützenfestlichkeit in Geln hatte die dortige Wittin Ehefrau Wilms den Musikanten sog. „Dröppelbier“ verabfolgt. Wegen fahrlässigen Verkaufs verdorbener Genußmittel war die Frau vom Schöffengerichte in Krefz zu 75 Mark Geldstrafe verurtheilt worden. Ihre Berufung gegen dieses Erkenntnis hatte vor der hiesigen Strafkammer eine Verschärfung der Strafe zur Folge, indem nunmehr bei gleicher Geldbuße die Verurtheilung aus § 10 des Nahrungs- mittelgesetzes (wissentlicher Verkauf) ausgesprochen wurde.

Zwei Kinder von den Eltern ermordet.

März, 11. April. Ueber die Hausfuchungen und die Verhaftung der Zignerischen Eheleute, die des Mordes an ihren Kindern verdächtig sind, geht der Rhein.-Westf. Ztg. noch folgender genaue Bericht zu: Da die Mörder der vermifsten Kinder auch am Tage nach dem Verschwinden, also am vergangenen Freitag noch nicht erfolgt war, schenkte die Polizei der Angelegenheit ihre Aufmerksamkeit. Anhaltspunkte, nach denen man eine bestimmte Richtung verfolgen konnte, ließen sich nicht finden. Dann aber lief das Verhalten der Eheleute sehr auf, und die Nachbarn in der Gegend sich die verschiedensten Gerüchte, hauptsächlich über das Benehmen der Ehefrau Z. ins Ohr. Auch die Polizei erfuhr es, und es wurde alsdann im Laufe des gestrigen Tages eine Hausfuchung in den Wohnräumen der Eheleute Z. abgehalten, die unter Vertheilung des hiesigen Polizei-Kommissars stattfand. Man entdeckte nichts. Einem Gendarmen gegenüber, der der Frau gestern abend ankündigte, er werde heute eine zweite Hausfuchung abhalten, benahm sich die Z. sehr verächtlich und besangen. Das fiel dem Beamten sofort auf, und er beschloß, eine gründliche Durchfuchung der Wohnung sowie des Gartens vorzunehmen. Heute mittag kurz nach 1 Uhr tief Frau Z. nun plötzlich zu einigen Nachbarn und reiste mit, daß sie ihre beiden Knaben in der Kiste liegend tot aufgefunden habe. Die Leute, die dies hörten, liefen zu den in der Kolonie stationierten Gendarmen und riefen diesen herbei. In der Z.'schen Wohnung angekommen, bot sich den Beamten ein entsetzlicher Anblick. In einer Kiste, die etwa einen halben Meter hoch und einen Meter lang ist und die ihren Kasten im Schlafzimmer der Eheleute hatte, lagen eng aneinander geschmiegt die zesuchten beiden Kinder. Die kleinen Leichen wiesen keinerlei Wunden auf, so daß anzunehmen ist, die Knaben sind den Ersticken gestorben. Der älteste lag friedlich, wie schlummernd in dem engen Behälter und hatte eine Hand unter sein Köpfchen geschoben. Aus der Lage des Jüngeren aber ging hervor, daß er, bevor er seine Augen für immer geschlossen, heftig um sich geschlagen und getrampelet hat. Auf die Frage eines Beamten, wie sich die Frau nun bei der Todesursache erklärt, gab sie ausweichende Antworten und verwickelte sich bald in Widersprüche. Inzwischen war Polizei-Inspektor Wesne und Polizei-Kommissar Schulze, sowie einige Polizeibeamtente zu der Z.'schen Wohnung geeilt; auch Amtsrichter Dr. Richter fand sich dort ein. Nachdem man den Tatbestand aufgenommen hatte, wurde die Kiste mit den beiden Leichen auf einen herbeigeholten Wagen gehoben, Frau Z. verhaftet und deren Ehemann von der Arbeit stelle abgeführt. Inzwischen hatte sich eine nach Hunderten zählende Menschenmenge vor der Z.'schen Wohnung versammelt, und als sich der Transport mit den Beamten und Verhafteten in Bewegung setzte, hatten erstere Mühe, die Z.'schen Eheleute vor der Volkswut zu schützen. Große Steine wurden auf die Verhafteten geworfen. Erst als die Beamten sich anschiekten, von ihrer blutigen Waffe Gebrauch zu machen, entfernte sich das Publikum. Die Z.'schen Eheleute wurden zunächst ins Amtsgerichtsgefängnis gebracht und gegen 4 Uhr unter starker Bedeckung zum Verhör nach dem Polizeibureau transportiert. Das Verhör dauerte bis gegen 8 Uhr. Es war aus den Verhafteten nichts heraus zu bekommen. Weib bestritten, ihre Kinder ermordet zu haben. Dafür jedoch, daß die Eltern ihre beiden Kinder aus dem Wege geräumt haben, sprechen die Umstände, daß sonst niemand in die Wohnung gekommen sei, nur aus 3 Zimmern besteht, gekommen ist, und daß der sechs-jährige Junge einen so leichten Deckel, der keinerlei Verfaß aufweist, unschwer hochgehoben hätte. Außerdem erzählt die Frau, daß diese Kiste von den Kindern des öfteren zum Schlafen benutzt worden ist, doch will sie nicht auf den Gedanken gekommen sein, daß sie ihre Kinder dort finden könne, wenngleich die kleinen Leichen heute bei der Auffindung schon in Verwesung übergegangen waren, und im Schlafzimmer, wo die Kiste stand, sehr übler Geruch war. Die Verdachtsmomente sind derart zahlreich, daß die Leugnen nicht lange nützen wird. Der Ehemann Z. ist ein Trunkbold, der Frau und Kinder wiederholt gemißhandelt hat und ganze Familie darben ließ. Die Eheleute haben sonst keine Kinder. Der älteste Junge war geistig etwas zurück, auch konnte er in seiner sechs Jahre nur wenige Worte sprechen.

ers : Sonn, 12. April. Fünzig Mark für einen Auf, den
die sich rauben wollte, aber nicht erhielt, mußte ein Knecht aus Sech
als Strafe bezahlen, die ihm das Schöffengericht zubilligte. N
die Angeklagte versuchte am 19. Februar in der Nähe von Sechtem
der Dame, die ihm nicht bekannt war, zu klaffen. Sie wies ihn je
vel zurecht und brachte ihn zur Anzeige. Am Schöffengericht suchte
affe Knecht klar zu machen, daß er geglaubt habe, er habe seine Geld
er aus Bornheim vor sich. Das Gericht schenkte seiner Einlassung kei
gen Glauben und nahm ihn laut „Reichszeitung in eine Geldstrafe
zu von 50 Mark.

2) Bonn, 12. April. (Ein ehrlicher Handwerksbursche.) Dieser Tage sprach bei einer hiesigen Herrschaft ein armer junger Mensch um ein Almosen vor. Die Frau des Hauses führte ihn in die Küche, wo er sich bei der eben beendeten Tischzeit seinen Hunger stillen konnte. Nachdem der arme Mensch gesättigt war, schenkte die Frau ihm noch eine Hofe ihres Mannes. Mit großem Dank zog der arme Reisende neu gestärkt von dannen. Zum Erstaunen der Dame kam er gegen Abend wieder und überreichte der Hausfrau ein 20 Markstück, welches er in einer kleinen Seitentasche der Hofe gefunden hatte. Nachdem der hinzugekommene Gatte sich nach den Papieren usw. des Mannes erkundigt, bot er ihm laut „Deutsch. Reichstg.“ als Belohnung eine freigeordnete Gärtnerstelle an, welches Angeboten der junge Mann mit der größten Freude und Dank annahm.

2) **Godesberg, 11. April. (Lebensmüde.)** Dienstag nachmittag machte ein fremder Herr seinem Leben durch Erschießen ein Ende. Die Tat erfolgte an derselben Stelle, wo vor 14 Tagen ein Metzger aus Muffendorf Selbstmord verübte. Der Herr trug gute Kleidung und stand im Alter von 55—60 Jahren. Als zwei Damen die Leiche gegen 7 Uhr fanden, hielt die eine Hand noch den Revolver fest.

„—“ **Trier, 11. April.** Ein mit Steinen schwer beladener Kahn ist in der Mosel gekentert. Die zwei Insassen sind ertrunken.

?(**Büren, 11. April. (Zotischlag.)** Der Tagelöhner Joiech Moersch von hier mißhandelte in seiner Wohnung den Pfisterer Grimbach so schwer, daß letzterer im Krankenhause alsbald an einer Schädelverletzung gestorben ist, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Moersch hatte ihn so heftig gegen eine Mauer geworfen, daß er einen Schädelbruch erlitt. Der Verstorbene war Vater von sieben Kindern.

— „**Mannheim**, 11. April. Beim Hinaufwinden einer etwa zwanzig Zentner schweren Balkonplatte an einem heißen Neubau brach das Gerüst, auf das die Platte von vier Mauern im zweiten Stock gelegt wurde. Die Platte stürzte mit den Mauern in die Tiefe. Alle vier erlitten schwere Verletzungen.

Strasbourg, 11. April. In Mühlhausen erschoss der
Dentist Dreuhj aus Reichen mit einem Flobergewehr die
28jährige Frau des Buchdruckermeisters Necht. Er legte in der
Meinung, das Gewehr trage nicht so weit, im Scherz an, der
Schuß traf und die Frau brach tot zusammen. Der Täter
stellte sich der Polizei.

„—“ **Fischweiler**, 11. April. (Ertrunken.) Der sechsjährige Sohn des Herrn Theodor Stamm zu Bümpe, der in der Nähe eines Teiches Blumen pflückte, ist dabei ins Wasser gefallen und ertrunken.

Aus aller Welt.

— Die beunruhigenden Nachrichten über das Auftreten der Pocken in Mex., die fortwährend durch die Presse gingen, haben den Medizinalreferenten des Kaiserlichen Bezirkspräsidiums in Mex., Geh. Medizinalrat Dr. Pawollecz zu folgender Mitteilung veranlaßt: Seit dem Auftreten der Pocken in Mex. wurden festgestellt von Ende Juli bis zum 1. Dezember vorigen Jahres in Mex. Stadt 47 Fälle, in Mex. Land 8 Fälle, darunter insgesamt 8 Todesfälle; vom 1. Januar bis 8. April dieses Jahres wurden festgestellt in Mex. Stadt 77 Fälle, darunter 22 Todesfälle, in Mex. Land in 15 Gemeinden 15 Fälle, darunter 4 Todesfälle. Dazu treten noch ein Fall aus Lettingen, Kreis Bolchen, und ein Fall aus Deuze, Kreis Chateau-Salins. Außer den öffentlichen unentgeltlichen Impfungen an zwei Stellen in der Stadt, die seit November 1906 eingerichtet sind, ist mit einer systematischen, straßenweisen Durchimpfung der Bevölkerung zunächst in dem von den Pocken besonders befallenen Stadtteile begonnen worden, wobei sich jedesmal über 30 Zivil- und Militärärzte beteiligten. Auch werden die in Sonderzügen ankommenden ausländischen Arbeiter (Italiener) sofort auf dem Bahnhof einer Impfung unterzogen.

— **Großfeuer in einer Mietskaserne.** In einem von 18 Parteien bewohnten Hause in der Nähe des Zentralmarktes zu Berlin brach in der Nacht Großfeuer aus. Viel Personen, darunter eine Anzahl Kinder, sind in den Flammen umgekommen, beziehungsweise verletzt worden. Die Mehrzahl der Opfer hatte im vierten und fünften Stockwerk gewohnt.

— Zu den Verhandlungen zwischen der Gräfin Montignoso und dem sächsischen Hof wegen Auslieferung der kleinen Pia Montica, die am Ende dieses Monats erfolgen sollte, wird dem „Bot.-Anz.“ mitgeteilt, daß die Gräfin sich zur Zeit lebhaft gegen die Herausgabe des Kindes sträubt. Wahrscheinlich werde eine Veranlassung des Aufenthalts der kleinen Prinzessin bei ihrer Mutter noch auf einige Zeit vereinbart werden.

— Die Entführung des Millionärsohnes. Wie aus Hamburg mitgeteilt wird, ließ die Staatsanwaltschaft von Altona in Hannover den Arzt Dr. Krieg verhaften unter dem Verdacht der Anstiftung zur Entführung seines minderjährigen Sohnes. Die Entführung selbst erfolgte kürzlich, wie wir mitgeteilt haben, durch einen Detektiv gelegentlich der Anwesenheit der Mutter des Kindes, einer reichen Amerikanerin, von der Krieger geschieden ist, in Groß-Flottbeck bei Hamburg. Der Aufenthalt des Knaben, der der Mutter gerichtlich zugesprochen ist, ist noch nicht ermittelt. — Eine weitere Nachricht zufolge, ist auch der Privatdetektiv von Berlin auf Grund eines von der Altonaer Staatsanwaltschaft erlassenen Haftbefehls verhaftet und ins Gerichtsgefängnis eingeliefert worden.

— Ein orkanartiger Sturm, der 36 Stunden geschwächt anhielt, hat im Kreis Rastenburg viel Schaden angerichtet. Im Gut Unter-Plehnen stürzte in Fachwerk gebauter Viehstall unter der Gewalt des Sturmes ein, wobei 16 Stück Vieh erschlagen wurden. Der Windbruchschaden in den Wäldern ist nicht zu übersehen, doch dürfte er Tausende von Metern betragen. Am Montag vormittag brach im Edunklein Feuer aus, das bei dem rasenden Sturme schnell um sich griff und in kurzer Zeit zwei Gebäulichkeiten in Asche legte.

Verantw. Redakteur Fr. Meyer, Ramen.

Druck und Verlag von E. May in Hörde.

Gernsbrecher der **Ramener Zeitung Nr. 14, Ramen.**